Einzelpreis 10 Pfennige
Halle, Montag, den 17. März
Jahrg. 1924 • Nr. 65.

Das „Volksblatt" erſcheint jeden Werktag: Sonnabends mit der Ill. Unterhaltungsbeil. „Volk und Zeit". Unverlangt eingeſandten Manuſkripten iſt ſtets das Rückporto beizufügen. — Perſönliche Auskunfterteilung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Das „Volksblatt" iſt d. Publikationsorgan der genoſſenſchaftlichen u. gewerkſchaftlichen Organiſationen und amtliches Organ verſch. Behörden. Schriftleitung: Harz 42/44, Hinterh. II. Fernruf 4667

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratiſchen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merſeburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis für das „Volksblatt" beträgt monatlich 2,— Mark einſchließlich Zuſtellungs-Gebühr; für Abholer 1,90 Mark. Poſtbezugspreis für den Monat März 2,— Goldmark. **Anzeigenpreis:** Der einſpaltige Millimeter koſtet 8 Goldpfennig, der Reklamemillimeter 30 Goldpfennig. **Hauptgeſchäftsſtelle** Harz 42/44. Fernruf 4605. Zweigſtelle Gr. Ulrichſtr. 27 — Poſtſcheckkonto 20319 Erfurt. —

Wer ſtimmt für Poincaré?

Kammerwahlen am 18. Mai.

Leitſätze für das ſchaffende deutſche Volk.

Paris, 17. März. (WTB.)

Das „Echo de Paris" nennt als Termin für die franzöſiſchen Wahlen den 18. Mai. Von den deutſchen Reichstagswahlen erwartet das Blatt einen Erfolg der Nationaliſten und Parteigänger der Revanchepolitik, der die franzöſiſche öffentliche Meinung endgültig über das aufklären werde, was in Deutſchland gegen Frankreich betrieben werde, und zwar wie 1914 mit Unterſtützung und unter Mitſchuld der politiſchen Parteien, aber auch der Stimmung in der „aufgehetzten" öffentlichen Meinung.

Das Pariſer Blatt iſt von einer erfreulichen Offenheit. Und der deutſche Reichstagswähler, der Augen zum Sehen hat, kann nicht darüber im Zweifel ſein, daß, wenn er franzöſiſch wählen will, er nur den Nationaliſten die Stimme zu geben braucht.

Dank der Sabotage-Politik der bürgerlichen deutſchen Regierung iſt es ja Herrn Poincaré nun endgültig gelungen, die Kammerwahlen nach den deutſchen Reichstagswahlen ſtattfinden zu laſſen und auf dieſe Weiſe ein neues Agitationsmittel für die franzöſiſche Annexionspolitik zu gewinnen. Gefahren von ungeheurer Schwere ziehen dadurch für das deutſche Volk neu herauf. Wie iſt ihnen zu wehren? Nur dadurch, daß das kopf- und handarbeitende Proletariat die Urſachen ſeiner ſozialen Verelendung erkennt und aus dieſer Erkenntnis rückſichtslos die Konſequenzen zieht. Dazu aber iſt vor allem nötig, daß es die Lehren der letzten Reichstagswahl beherzigt. Bekanntlich hat das deutſche Proletariat am 6. Juli 1920, als es auch über die Zukunft der deutſchen Wirtſchaft zu entſcheiden hatte, ſich ſelber gegenüber paſſive Reſiſtenz geübt und die Partei der Nichtwähler und in vielen Fällen auch die bürgerlichen Parteien nicht unerheblich geſtärkt. Der Erfolg war, daß ein winziger Bruchteil des deutſchen Volkes allerdings jetzt ſchon im feſten Beſitz der Produktionsmittel und des Kapitals mit Hilfe des Reichstags den Kurs in unſerer Wirtſchaft beſtimmten. Die unheilvolle Wirkung iſt bekannt: Abbau der rationellen, gefliſſentlich als Zwangswirtſchaft verſchrienen öffentlichen Bewirtſchaftung lebenswichtiger Produktionszweige, Auspowerung der Maſſen durch die ſogenannte freie Konkurrenz und Monopolpreiſe, die zu der großen Herbſtkriſe im vorigen Jahre führten, Bremſen in der Betriebsrätegeſetzgebung, um den Arbeiter von der Leitung der Produktion möglichſt fern zu halten, und zuguterletzt die Inflation, durch die Herr Stinnes ſein Induſtriemonopol zimmerte. Das deutſche Volk bezahlte ſeine Transaktionen, während die bürgerlichen Parteien im Reichstag, infiziert vom Stinneskultus, nicht den Mut und die Energie zum Kampf gegen die Markverbeſſerung aufbrachten und jede von der Sozialdemokratie vorgeſchlagene Deflationsmaßnahme niederſtimmten. In Frankreich iſt es in dieſen Tagen gelungen, den Notenumlauf um 336 Millionen Franken zu reduzieren und den Preis für das engliſche Pfund von 120 auf 90 Franken zu drücken.

Wenn auch die Vorausſetzungen in Frankreich weſentlich günſtigere ſind als ſie bei uns nach dem Rathenau-Mord der Rieſenabſturz der Mark waren, ſo ſind wir doch heute noch der feſten Ueberzeugung, daß der Reichstag es damals in der Hand hatte, beſonders auf Grund einer ſtarken Steuerpolitik das Währungsvertrauen im In- und Auslande zu kräftigen. Aber die bürgerlichen Parteien hatten kein Intereſſe daran, die Stinnes, Klöckner, Herzberg und wie ſie alle im hohen Rat der deutſchen Finanz und Wirtſchaft heißen mögen, brauchten die Inflation zu ihren Transaktionen, und die bürgerlichen Parteien waren ihnen gern zu Willen. Der Reichstag verſagte: Das Volk hungerte, die Exiſtenz des Reiches war gefährdet. Alles das aber ſtörte die Inflationsgewinner nicht, den Staat, die Politik, das Mandat des Volkes zugunſten ihrer induſtriellen Kombinationen zu mißbrauchen. Die finanzielle Wahlhilfe, die Stinnes den bürgerlichen Parteien gewährte, trug tauſendprozentige Zinſen.

In jenen Tagen rächte ſich furchtbar der unpolitiſche Sinn des deutſchen Volkes gerade auf wirtſchaftlichem Gebiet. Eine ſtarke Arbeiterpartei, klar erkennend, was nottut, wäre damals imſtande geweſen, der Wirtſchaft einen Kurs zu geben, der Millionen viel Not und Elend erſpart hätte. Aber wie ſtand es um die Sozialdemokratie? Den bürgerlichen Parteien numeriſch unterlegen, war ſie noch dazu das ſtündliche Angriffsziel eines Teils der Klaſſe, deren wirtſchaftliche Intereſſen ſie vertrat. Das Spiel der Kommuniſtiſchen Partei hat doch in den Jahren, die hinter uns liegen, Herrn Stinnes die Initiative ziemlich leicht gemacht: Haßgeſänge gegen die VSPD. in den politiſchen Verſammlungen und in den Betrieben, in den Gewerkſchaften ebenfalls Bruderkampf und Zerſplitterung. Chronos fraß ſeine eignen Kinder auf, und ein kluger Kapitalismus triumphierte. So hatte die Sozialdemokratie, von Haus aus die ausgeſprochene Wirtſchaftspartei, auf rein politiſchem Gebiet alle Hände voll zu tun und erſchöpfte ſich im politiſchen Kleinkrieg, um die notwendige geradlinige, für die Zukunft hoffnungsvolle republikaniſche Entwicklung zu gewährleiſten, die nicht nur von der monarchiſtiſchen Rechten bedroht, ſondern auch von links gefährdet wurde, und zwar von Proletariern, die ſich an der wirtſchaftlichen Entwicklung in der Sowjetrepublik begeiſterten.

Hoffentlich iſt die von uns ſkizzierte Entwicklung für die Arbeiterſchaft eine harte Lektion geweſen, die ſie zur Wachſamkeit und Opferbereitſchaft zwingen wird. Der künftige Reichstag hat über lebenswichtige Dinge gerade in der Wirtſchaft zu entſcheiden, z. B. über Zoll, Stabilität unſeres Geldes und die endgültige Sanierung unſerer Wirtſchaft. Zollfragen ſind nun Brotfragen, ohne Feſtigkeit unſerer Mark zahlt der Arbeiter die ſchlimmſten indirekten Steuern, die Inflationsſteuer, und eine Wirtſchaftsreform im Sinne des Herrn Stinnes bedeutet weitere Verlängerung des Arbeitstages und weiteren Lohndruck. Dieſe Dinge ſind wichtig genug und wohl der größten Anſtrengungen im Wahlkampf wert. Der neue Reichstag muß eine größere und ſtärkere Sozialdemokratie als der alte Reichstag aufweiſen, oder er wird die Poincaré, Stinnes, Hergt, Wulle, Ludendorff und Hitler ſein.

Wann wird Loſſow vorgeführt?

Münchener Hochverratsprozeß.

München, 15. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die Sonnabend-Sitzung wird durch die Verleſung einer Richtigſtellung des Kardinals Faulhaber gegen unwahre Behauptungen Ludendorffs eingeleitet. Der Vorſitzende gibt dann ein Schreiben des Generals Loſſow bekannt, in dem es heißt: „**Ich lehne das Erſcheinen vor Gericht als Zeuge ab.** Die Gründe dafür liegen für jeden klar, der dem Schluß der Freitagvormittagſitzung beigewohnt hat." Der Vorſitzende erklärt hierzu, **das Gericht werde ſich ſchlüſſig machen, ob der Zeuge Loſſow zwangsweiſe vorgeführt wird.**

Zeuge Profeſſor Bauer: Meinem Empfinden nach iſt bei der Beurteilung der Frage eines etwaigen Marſches nach Berlin und eines Angriffs auf die Machthaber in Berlin maßgebend, ob die Berliner Regierung zu Recht beſteht oder ob ſie auf Grund eines Meineides an ihrer Stelle iſt. In dieſer Einſtellung habe ich ſeit Jahren gearbeitet und ich werde dieſe Arbeit fortſetzen. Was meine Aeußerung „Auf nach Berlin!" anlangt, ſo habe ich damals im Sommer vorigen Jahres nicht an einen Marſch gedacht. — Poehner erklärt, daß die Darſtellung des Zeugen nicht mit den wirklichen Beobachtungen übereinſtimme. **Der Marſch nach Berlin ſei beſchloſſene Sache geweſen.** Jetzt ſchwäche man alles wieder ab. Das ſei die alte Kahrſche Methode. — R.-A. Roder: Haben Sie, Herr Zeuge, einmal mit Jooſt geſprochen und erklärt: **Es kann jeden Tag losgehen; wir haben die neue Verfaſſung bereits in der Taſche!?** — Bauer: So kann ich nicht geſagt haben, weil ja eine neue Verfaſſung in München nicht ausgearbeitet war, wohl aber woanders. — R.-A. Roder: Sie haben kurz nach dem 8. November mit einem Herrn Weidelen geſprochen, der fragte, **warum Kahr den Vormarſch hätte antreten dürfen und nicht Hitler. Sie wollten darauf erklärt haben: Das darf man nicht ſagen, ſonſt kommt Kahr vor den Staatsgerichtshof in Leipzig, ebenſo wie Hitler.** — Bauer: **Das weiß ich nicht, das iſt möglich; es wird ja ſoviel geſprochen.** (Bewegung.) **Ich** bin täglich fortwährend angezapft worden, und ich mußte die Leute doch mit irgendeiner Antwort abſpeiſen. — R.-A. Roder: Iſt es richtig, daß Sie dem Oberleutnant Neumann, der Sie fragte, wie es jetzt mit dem Marſch nach Berlin ſtehe, es gehe nicht vorwärts uſw., geantwortet haben: **Selbſtverſtändlich wird marſchiert.** Meine Rede iſt doch deutlich genug!? — Bauer: Beſtreiten will ich das nicht. **Denn der Gedanke, daß einmal ein Vorgehen notwendig wird, iſt auch heute noch ſicher.** — Vorſ.: Sie ſagten vorhin, daß eine neue Verfaſſung anderswo ausgearbeitet ſei. — Bauer: **Ja, in Berlin iſt eine ausgearbeitet worden in den Kreiſen des Alldeutſchen Verbandes.** (Große Bewegung im Sitzungsſaal.) — R.-A. Kohl: War nicht Juſtizrat Claß daran beteiligt? — Vorſ.: Dieſe Frage iſt in unſerem Prozeß ohne Belang. — Kohl: **Das iſt es ja, was den Schlüſſel zum 8. November gibt. Das war ja das Zeichen, daß es gegen Berlin vorgeht.** (!)

Nach einer längeren Pauſe erklärt der Vorſitzende den Gerichtsbeſchluß, **daß der ordnungsmäßig geladene, aber nicht erſchienene Zeuge Loſſow die Koſten, die aus ſeinem Nichterſcheinen erwachſen ſind, zu tragen hat, und daß er außerdem in eine Geldſtrafe von 50 Mk. genommen wird.** (Wann wird er vorgeführt? D. Red.)

Hierauf erfolgt die Vernehmung der Zeugen Schirach und Jooſt in geheimer Sitzung, **um den Nachweis zu erbringen, daß der Marſch nach Berlin militäriſch tatſächlich vorbereitet war.**

Nach Wiederaufnahme der öffentlichen Sitzung wird General und Stadtkommandant Danner vernommen. — R.-A. Schramm: **Machte Ihnen am 8. November abends Loſſow den Eindruck, als wiſſe er nicht, was er tun ſolle?** — Danner: Nein. — Staatsanw. Stenglein: Waren Sie im Zweifel darüber, daß der Putſch niedergeſchlagen werden ſoll? — Danner: Nein. **Wir hatten ja ſchon tags zuvor unſere beſtimmten Weiſungen.** — Hitler: **Wären Sie Loſſow gefolgt, wenn er ſich unſerem Unternehmen angeſchloſſen hätte?** — Danner: Ich glaube, daß wir auf unſerem urſprünglichen Standpunkte ſtehengeblieben wären.

Der nächſte Zeuge war der Rechtsanwalt Stadtrat Nußbaum, der die Verhaftung der Stadträte ſchilderte. Da dieſer Vorgang im allgemeinen bekannt iſt, ſei nur auf folgende Einzelheiten verwieſen: Von den Bewaffneten ſagt der Zeuge, wurde fortwährend darauf hingewieſen, **daß ein Nationaltribunal eingerichtet ſei und daß binnen 24 Stunden die Erſchießungen vollſtreckt würden.** Im „Bürgerbräukeller" wurden wir dann aufgeſtellt, ohne miteinander ſprechen zu dürfen. Während wir daſtanden, kam Hitler, ſtellte ſich etwa 10 Meter von uns auf, und einer der Leute, die uns verhafteten, rief ihn an. Hitler bemerkte: Da haben wir ja ein feines Bröckel erwiſcht. Auch Ludendorff kam zu uns und fragte: Was iſt denn mit dieſen Leuten? Darauf kam die Antwort: Das ſind die vom Stadtrat. Darauf Ludendorff: Ach ſo! Dieſe beiden Worte waren in einem Tone geſprochen, als wenn er ſagen wollte: Dann braucht ja nichts zu geſchehen. Wir wurden dann in den Zug eingeſtellt, der zum Marſch in die Stadt beſtimmt war. Vor unſeren Ohren wurde erklärt: **Wenn die Reichswehr auf uns ſchießt, werden die Gefangenen niedergeſchoſſen.** Nach ein paar Minuten kam ein Mann und erklärte: Leute, Obacht, neuer Befehl: **Wenn die Reichswehr ſchießt, werden die Gefangenen nicht niedergeſchoſſen, ſondern niedergeſchlagen oder niedergeſtochen. Dann kam das Kommando: Seitengewehre aufpflanzen! In dieſer Situation ſtanden wir eine halbe Stunde, während wir von den herumſtehenden Leuten beſchimpft und mißhandelt wurden.** Dann kam plötzlich der Befehl, uns aus dem Zuge herauszunehmen. Wir mußten ein Laſtauto beſteigen. Darauf ging die Fahrt ſtadtauswärts. Die weiteren Einzelheiten der Schilderung Nußbaums ſind bekannt.

R.-A. Hagemann beantragt, **Vorführungsbefehl gegen Loſſow zu erlaſſen.** Die Verteidigung könne auf die Zeugenſchaft Loſſows nicht verzichten. Die zeitlichen Zuſammenhänge vom 22. Oktober bis Anfang November ſind blitzartig beleuchtet worden durch die Ausſagen des Herrn v. Schirach, der das Gegenteil

Der wackere Lindſtröm forcht ſich nit.

Wie Lindſtröm-Ludendorff in Bayern Obdach fand.

Der Held, der einſt mit blauer Brille bewaffnet, vor der Liebe des Volkes nach Schweden floh, tritt im Hitler-Prozeß mit Vorwürfen gegen das „ultramontane" Bayern auf. Stolz, wie es dem Spaziergänger ziemt, erklärt er, daß er nur aus familiären Gründen nach Bayern gekommen ſei, denn: „Ich konnte hingehen, wohin ich wollte!"

Nun ſind ſeine Widerſacher ſo boshaft, allerhand aus der Schule zu plaudern. So ſchreibt jemand dem „Miesbacher Anzeiger", der ſich zum Ehrhardt-Anzeiger zu entwickeln ſcheint:

Herr General Ludendorff hat wiederholt das Wort von der Gaſtfreundſchaft, die er in Bayern genießt, zurückgewieſen. Zu dem, was bisher ſchon hiezu geſagt worden iſt, wollen wir noch Nichterwähntes hinzufügen. Unſere Kenntnis ſtammt aus jener Zeit, **wo der Herr General nach Bayern flüchtete**, was er heute nicht mehr wiſſen will . . . Es war ein Tag **unmittelbar nach dem Kapp-Putſch** im März 1920. Die Leitung der bayeriſchen Einwohnerwehr (März 1920) hatte eine Sitzung. Da ließ ein Herr Herrn Oberforſtrat Eſcherich herausrufen, und gleich darauf wurde der zweite Vorſitzende der Einwohnerwehr, Herr Obergeometer Kanzer, herausgebeten. **Der Herr ſtellte ſich unter ihren Schutz — es war Herr General Ludendorff.** Er wurde dann unter Umfahrung von Roſenheim per Auto auf ein Schloß ſüdlich von Roſenheim gebracht: Neubeuern. **Er reiſte unter einem angenommenen Namen.** Selbſt der Beſitzerin des Schloſſes wurde er nur unter dieſem Namen vorgeſtellt. Ludendorff kam vom mißglückten Kapp-Putſch aus Berlin. Ein Gendarm erkannte Ludendorff auf einem Spaziergang. **Da nun die Sicherheit auf dem Schloſſe Neubeuern nicht mehr gegeben war, wurde er mittels Auto in die abſeits gelegene Villa eines Herrn v. H. in der Gemeinde Stefanskirchen gebracht.** Auf Befragen, warum er denn eigentlich geflüchtet ſei, nachdem doch gegen ihn kein Haftbefehl vorlag, antwortete Ludendorff, er habe gefürchtet, daß dies nachträglich noch geſchehen würde und daß er im Gefängnis ſeines Lebens nicht ſicher ſein würde.

Der „große Feldherr", der von allen Kappiſten und Hitleriſten noch immer als der „Chef der Heeresleitung" betrachtet wird, floh zum zweiten Male vor der Liebe ſeines Volkes, nachdem er zufällig ſeinen Spaziergang in Generalsuniform hinter ſich hatte. Auch beim Hitler-Putſch will er jetzt wieder nicht dabei geweſen ſein. Wahrhaftig, ein Mann, der wert iſt, in der Geſchichte fortzuleben als der Typus jenes mannhaften Recken, der rechtzeitig zu rücken verſteht.

Branting und die deutſchen Wahlen.

Deutſchlands Eintritt in den Völkerbund.

Genf, 16. März. (Eig. Drahtbericht.)

Nach Schluß der am Sonnabend beendeten Tagung des Völkerbundrates hatte der Vertreter des Sozialdemokratiſchen Parlamentsdienſtes eine kurze Unterredung mit dem Vertreter Schwedens, dem Genoſſen Branting. Er erklärte u. a., es ſei jetzt und in der Zukunft für die Sozialdemokratiſche Partei Deutſchlands günſtig, wenn ſie mutig und beſtimmt für einen Eintritt Deutſchlands in den Völkerbund ohne Vorbehalt kämpfe. Unwahrſcheinlich ſei, daß Deutſchland bei eigener Initiative außerhalb des Völkerbundrates bleibe. Eine Aenderung des Völkerbundpaktes in dieſer Hinſicht ſei in der Völkerbundverſammlung leicht zu erreichen. **Es hänge jedoch außerordentlich viel von der Wahl eines guten Vertreters Deutſchlands für den Völkerbund ab. Der deutſche Vertreter dürfte in keiner Weiſe an das alte Regime erinnern, weil die ſonſt auftauchenden Erinnerungen viele Ausſichten wiederum zerſtören würden.** Der praktiſche Weg für Deutſchland ſeien vertrauliche Verhandlungen mit England. England werde alles tun, um das Mißtrauen Frankreichs, das noch immer beſtehe und das ein großes Hindernis gegen einen Eintritt Deutſchlands bilde, zu beſeitigen. Gerade in dieſem Punkte hätten **die bevorſtehenden deutſchen Wahlen eine große internationale Bedeutung.** Branting erklärte zum Schluß: von dem Verantwortungsbewußtſein der deutſchen Wähler hänge es ab, ob Deutſchland eine Politik der Verſtändigung treiben kann oder **ob von neuem vier Jahre nutzlos vergehen werden.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192403171-16/fragment/page=0001
DFG

von dem gesagt habe, was wir bisher hier gehört haben. — Als R.-A. Hemeter noch einmal auf die Vorgänge vom 1. Mai zurückkommt, erklärt Staatsanwalt Ehart: Was am 1. Mai geplant war, geht mit absoluter Klarheit aus dem Beweismaterial hervor, das die Staatsanwaltschaft jetzt in Händen hat. Wenn das Gericht Wert darauf legt, zu wissen, was geplant war, nicht von seiten Lossows, sondern von anderer Seite, bitte ich, das jetzt gefundene und beschlagnahmte Protokollbuch als Beweismaterial heranzuziehen.

Der Vorsitzende vertagt hierauf die Sitzung auf Montagvormittag.

Das Urteil im Parchimer Mordprozeß.

Schwere Zuchthausstrafen.

Am Donnerstag fand die Schlußsitzung in dem Prozeß gegen die Mörder Kadows statt. Der Oberreichsanwalt hatte folgende Strafanträge gestellt: Für Höß eine Gesamtstrafe von 12 Jahren, Jurisch 7 Jahre, Zabel 11 Jahre, Peiffer 7 Jahre, Wiemeyer 14 Jahre und für Zenz 10 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft von 6 Monaten (ausgenommen Zenz) und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Für die der Begünstigung Beschuldigten beantragt er durchschnittlich eine 8- bis 10monatiger Gefängnisstrafe, ebenfalls unter Anrechnung einer Untersuchungshaft von 5 Monaten. In der Urteilsbegründung bezeichnet der Vorsitzende den Parchimer Fall als ein sehr schweres Verbrechen, das des politischen Hintergrundes nicht entbehrt und wiederholt, daß die Angeklagten sämtlich der deutschvölkischen Freiheitspartei angehören. Bei der Prügelei haben sich nach Auffassung des Gerichts sämtliche Angeklagte beteiligt. Der Gerichtshof erkennt 1. auf gemeinschaftlich ausgeführte schwere Körperverletzung und auf Totschlag. Bei Zabel stehe fest, daß er auf Kadow geschossen habe, bei Wiehmeyer, daß seine Tat mit Bestimmtheit den Tod Kadows herbeigeführt hätte. Bormann habe zu der Tat wesentliche Beihilfe geleistet und die Täter begünstigt. Die Angeklagten Fricke, Hoffmann, Mackensen, Thomsen, Richter und Wulbrede bezichtigt er der aktiven Begünstigung. (Das Gericht erkennt zuerst auf schwere Körperverletzung laut § 224. Was den Mord betrifft, hat der Gerichtshof angenommen, daß die Tat nicht mit Ueberlegung ausgeführt sei. Zugunsten der Angeklagten wird angenommen, daß sie sich in dem aufgeregten Zustande das Vorhaben nicht überlegten. Es handle sich um einen gemeinschaftlich ausgeführten Totschlag laut § 212). Der Staatsgerichtshof muß sich bei der Schwere des Falles versagen, mildernde Umstände anzuerkennen. Er verneint die Frage der Unzurechnungsfähigkeit des Jurisch, nimmt jedoch als Milderungsgrund seine hochgradige geistige Minderwertigkeit an, die bei der Verurteilung Zuchthausstrafe ausschließt. Es wird sodann das Urteil wie folgt verkündet:

Jurisch 5 Jahre 6 Monate Gefängnis, Höß 10 Jahre 6 Monate, Zabel 9 Jahre 6 Monate, Wiehmeyer 12 Jahre 6 Monate, Peiffer 6 Jahre 6 Monate, Zenz 6 Jahre 6 Monate Zuchthaus unter Anrechnung von je 6 Monaten Untersuchungshaft. Bormann erhält wegen Beihilfe 1 Jahr Gefängnis. Fricke wegen Begünstigung 10 Monate Gefängnis, Hoffmann, Thomsen, Mackensen, Wulbrede und Richter erhalten je 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung einer Untersuchungshaft von 4 Monaten. Das Gericht erkennt nicht auf Absprechung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Der Antisemit als Gerichtsvorsitzender.

Was sagt der Herr Justizminister dazu?

Antisemitische Hetze im Munde eines amtsführenden Richters ist auch in Deutschland nicht die Regel. Zwei Wernigeröder Antisemiten hatten Strafbefehle über je 100 Mk. wegen Veranstaltung einer verbotenen Versammlung erhalten. Die beantragte richterliche Entscheidung brachte ihnen vor dem Amtsgericht Wernigerode am 6. März je 30 Mk. Strafe mit folgender Urteilsbegründung: „Die Angeklagten haben sich strafbar gemacht, es war aber nichts geplant, was die staatliche Ordnung gefährden könnte. Das deutsche Volk erkennt mehr und mehr, daß das Judentum schwerste Schuld an unserem Unglück trägt, (!) und das erfassen immer weitere Kreise. An einen Aufstieg unseres Volkes ist nicht zu denken, wenn wir nicht die Macht des Judentums brechen. (!) Nicht nur die Deutschvölkischen meinen das, sondern auch die Deutschnationalen, wie man in den Zeitungen der letzten Tage lesen konnte. Die Gedanken, welche die Angeklagten vortrugen, stellen keine Gefährdung unserer öffentlichen Ruhe dar, nein, sogar die Besten unseres Volkes teilen diese Anschauung.“ (!) Der geistige Urheber dieser Urteilsbegründung ist der Amtsgerichtsrat Beinert, der im Nebenberuf Vorsitzender der Ortsgruppe Wernigerode der Deutschnationalen Volkspartei ist. Er machte auch während der Verhandlung, die von einem zuverlässigen Gewährsmann stenographisch aufgenommen wurde, antisemitische Bemerkungen. Der Wortlaut der Urteilsbegründung erschien im Wernigeröder „Tageblatt“ vom 8. März.

Vor einem englischen Bergarbeiterstreik. Die Vertreter der Bergarbeiter haben die Vorschläge der Unternehmer, statt der geforderten Lohnerhöhung auf 40 Prozent über Vorkriegskosten nur 30 Prozent über Friedenslohn zu zahlen, abgelehnt. Es ist wahrscheinlich, daß es zum Streik aller Bergarbeiter kommt. Vorläufig wollen die Bergleute das Schicksal des im Parlament beantragten Gesetzes über Mindestlöhne abwarten. Konservative und Liberale sind Gegner dieses Gesetzes.

Dr. Zeigner vor der Leipziger Strafkammer.

Der Prozeß-Bericht.

Ein sonderbarer Zeuge der Staatsanwaltschaft.

Leipzig, 15. März. (Eig. Drahtbericht.)

Im Zeigner-Prozeß wurde am Sonnabend zunächst der Fall Trommer weiterverhandelt. Dabei ergab sich, daß in dieser Angelegenheit der Angeklagte Möbius als Alleinschuldiger in Frage kommt. Dr. Zeigner selbst gab zu, daß er seit der Mehlaffäre das Gefühl hatte, sich in Händen des Möbius zu befinden. Die Gnadengesuche habe er nie anders als sonst behandelt. Zeigner hatte zu jener Zeit auch erfahren, daß Möbius in seiner Wohnung unbeaufsichtigt in Akten herumgewühlt hatte. Die Aussagen des Zeugen Trommer belasten ebenfalls nur den Angeklagten Möbius. Dr. Zeigner äußerte sich dann ausführlich über die Gnadenpraxis im Justizministerium, die wesentlich ausgebaut wurde, um unverdiente Härten zu mildern. Vor allem sollten auf dem Gnadenwege die Wunden, die die Rechtsprechung in der Zeit schwerer sozialer Nöte geschlagen hat, nach Möglichkeit geheilt werden.

Zu einer unerwarteten Sensation kam es dann durch das Auftreten eines Kaufmanns Norbert Weiner, eines ehemaligen Unteroffiziers der Train-Ersatzabteilung. Er ist von der Staatsanwaltschaft zum Beweis dafür geladen, daß während Zeigners Militärzeit noch mehr Akten von ihm vernichtet worden sind. Dr. Zeigner bestreitet das entschieden; er kenne Weiner überhaupt nicht. Trotz des Protestes der Verteidigung wird der ihr völlig unbekannte Zeuge vernommen. Er sagt aus, daß er eines Tages im Zimmer des Kommandeurs in dessen Abwesenheit vom Gefreiten Zeigner empfangen worden sei, der ihm mitgeteilt habe, daß eine Strafsache gegen ihn, Weiner, aus der Welt geschafft werden müsse. Da Zeigner in den nächsten Tagen nach Dresden fahre, um dort im Kriegsministerium die Akten eines Leutnants Olendorff verschwinden zu lassen, bestände die Möglichkeit, auch seinen Akten das gleiche Schicksal zu bereiten. Er müsse dafür 3000 bis 5000 Mk. springen lassen. Davon habe er am nächsten Tage seinen Wachtmeister in Kenntnis gesetzt. Im Kriegsministerium sei ihm auf Erkundigung mitgeteilt worden, daß seine Akten eingefordert seien. Wegen dieser Angelegenheit sei der Zeuge sehr empört gewesen, als er erfuhr, daß Zeigner Ministerpräsident werden solle. Seine Bekannten und politischen Freunde rieten ihm jedoch, zunächst nichts zu unternehmen, sondern es nur seiner Partei mitzuteilen. Das habe er getan, er nahm Rücksprache mit dem Sekretär der Deutschen Volkspartei und dem jetzigen Justizminister Dr. Bünger. Auf wiederholte Fragen der Verteidigung und des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, daß für ihn kein Zweifel darüber bestehe, daß es sich um Dr. Zeigner gehandelt habe. Dieser habe ihn später auch in Leipzig gegrüßt. Demgegenüber stellt Dr. Zeigner fest, daß er nie Gefreiter gewesen ist, nie, wie der Zeuge von der Begrüßung in Leipzig behauptet, einen Pelzkragen getragen habe und er ihn bei seinem schlechten Personengedächtnis erst recht nicht nach so langer Zeit wiedererkannt hätte. Die Verteidigung verlangt darauf, daß alle vom Zeugen Weiner genannten Personen geladen werden.

Nach der Mittagspause wurden zahlreiche Aktenvermerke verlesen, die von der Staatsanwaltschaft, von Referenten und Dezernenten des Justizministeriums und von Dr. Zeigner selbst in verschiedenen Stadien des Begnadigungsverfahrens gemacht worden sind. Dann wird Geheimrat Kunz vernommen, der Leiter der von Dr. Zeigner geschaffenen Gnadenabteilung. Durch Einsichtnahme in sein Tagebuch bestätigt er die Ausführungen Dr. Zeigners über die Handhabung der Begnadigung. Er bestätigt ebenfalls, daß die von Dr. Zeigner angegebenen Gründe tatsächlich ausschlaggebend waren. Der Gang des Gnadengesuches von Brandt sei ordnungsmäßig gewesen, die zweimalige Ablehnung durch das Wirtschaftsministerium und der Umstand, daß der Justizminister dem Ministerpräsidenten einen Brief in dieser Sache geschrieben, besage nichts. Nicht ungewöhnlich sei ebenfalls gewesen, daß sie im Fall Priborsky das Gnadengesuch vom Bittsteller dem Minister persönlich übergeben wurde. Ihm selbst sei die Strafe von vier Monaten in diesem Fall zu hoch erschienen; in diesem Sinne habe er auch vorgetragen. Es habe auch der Grundsatz bestanden, die Gnadeninstanz nicht zur Eröffnung neuer Strafverfolgung zu mißbrauchen. Auf diese Aussage legt Dr. Zeigner besonderen Wert, weil die Anklage ihm zur Last legt, daß Bestechungsversuche von ihm nicht zur Anzeige gebracht worden sind. Im Falle Trommer entsinnt sich der Zeuge, daß Dr. Zeigner seine Unzufriedenheit darüber geäußert hat, daß Entschließungen, die das Ministerium noch nicht verlassen haben, draußen bekannt geworden sind.

Der nächste Zeuge, Ministerialdirektor Dr. Wulfen, ebenfalls in der Gnadenabteilung, äußert sich auch dahin, daß der Gang des Gnadengesuchs Priborsky keine Abweichung von der Regel darstelle, auch nicht das dreifache Vorlegen der Akten. Brandt hätte schon wegen seines hohen Alters von 65 Jahren begnadigt werden müssen. Der Zeuge bestätigt, daß eine generelle Verordnung bestand, über die Sachen, die dem Minister vorgelegt werden mußten. Dem Zeugen schienen manche Begnadigungen Dr. Zeigners zu weit zu gehen, daß sie tatsächlich zu weit gegangen sind, kann er nicht behaupten. Bureauleiter Justizamtmann Oppelt, der für Dr. Zeigner die Registratur führte, bestätigt, daß mit der Uebernahme des Ministeriums durch Dr. Zeigner sich die Gnadengesuche außerordentlich vermehrten. Der Minister habe oft bis tief in die Nacht hinein über der angehäuften Arbeit gesessen und wenn er die letzte Straßenbahn verfehlte, die Nacht auf einem Feldbett zugebracht.

Von der Ladung der vom Zeugen Weiner genannten Personen wird abgesehen (!), zumal der Staatsanwalt die Auskunft darüber verweigert, von wem er auf die Person des Zeugen Weiner aufmerksam gemacht worden sei.

Das Gericht zieht sich dann zurück und verkündet nach längerer Beratung einen Beschluß folgenden Inhalts: Die Ladung des Majors Promper, des ehemaligen Kommandeurs Dr. Zeigners, wird abgelehnt, weil aus den Militärakten feststeht, daß Dr. Zeigner nicht Gefreiter gewesen ist und der Major sonst auch nichts wichtiges aussagen kann. Ebenso wird die Ladung des Leutnants Olendorff abgelehnt, dessen Akten angeblich auch zum Verschwinden gebracht worden sein sollen. Geladen werden soll der Zeuge Seiffert, der gemeinsam mit Dr. Zeigner im Vorzimmer des Kommandeurs gewesen ist, der ehemalige Kriegsgerichtsrat Rechtsanwalt Schmidt, der dem Weiner Auskunft über seine Gerichtssache im Kriegsgericht gegeben haben soll und der Universitätspedell Marten, dem Weiner sofort nach der angeblichen Unterredung mit Dr. Zeigner von derselben Mitteilung gemacht haben soll. Außerdem sollen die Akten in Sachen Weiner herbeigeschafft werden. Um ¾8 Uhr wird die Sitzung geschlossen. Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt; der Montag bleibt ebenso wie der Donnerstag sitzungsfrei, so daß man mit der Beendigung des Prozesses gegen Zeigner kaum vor Sonnabend rechnen kann.

Wieder eine Vergewaltigung der Saarbevölkerung.

Die deutschen Kolonisten in Polen.

Genf, 16. März. (Eig. Drahtbericht.)

In geheimer Sitzung bestimmte der Völkerbundrat am Sonnabend die neu zu wählenden Mitglieder der Saarregierung. Als saarländisches Mitglied wurde der ehemalige Zentrumsabgeordnete Hoffmann, als Nachfolger Moltke-Huitfelds der Spanier Estinosa ernannt. Hoffmann und Estinosa sind die Kandidaten Frankreichs. Die Wahl wurde gegen die Stimmen Lord Parmoors, Brantings und Ishiis durchgesetzt. Damit unterlagen die Vorschläge Schwedens und Italiens. Italien wurde entschädigt, indem sein Kandidat für die Donaukommission gewählt wurde. Die saarländische Bevölkerung steht nicht hinter Hoffmann. Der Spanier Estinosa war früher Militärattaché in Wien. Im Laufe der Debatte stellte Lord Parmoor erneut das Ersuchen, den saarländischen Landesrat zu hören. Honataux (Frankreich) erklärte, das sei wider den Friedensvertrag, konnte aber gegenüber Lord Parmoor einen Nachweis für diese Behauptung nicht führen. Schließlich wurde beschlossen, bei der nächsten Ratstagung darauf zurückzukommen. (!)

Am Sonnabend erledigte der Rat noch die Entschädigungsfrage für die deutschen Kolonisten in Polen. Polen erkennt im Prinzip die Entschädigungsnotwendigkeit an. Es wurde beschlossen, daß der Sonderausschuß für Wiedergutmachung unter der Leitung Josua Dantas uneingeschränkte Vollmachten habe, die gesamten Fragen sowohl materiell wie technisch bis zum 15. April im Einvernehmen mit der polnischen Regierung zu regeln. In der Aussprache verlangte Lord Parmoor, daß weitere Maßnahmen zur Vertreibung deutscher Ansiedler unterbleiben. Kosminsky gab im Namen der polnischen Regierung das ausdrücklich zu. Weiter verlangte Lord Parmoor, daß die bereits vertriebenen Ansiedler mit dem Gelde, das sie als Entschädigung erhalten, sich von neuem ansiedeln dürfen. Auch damit erklärte sich Kosminsky ausdrücklich einverstanden.

Das Schicksal des Memellandes endgültig.

Genf, 15. März. (Eig. Drahtbericht.)

Im Völkerbundrat wurde am Freitag die Memelkonvention von den Mächten angenommen, obgleich der Vertreter Polens sich gegen die Konvention erklärt hatte, weil sie den wirtschaftlichen und nationalen Interessen Polens nicht gerecht werde. Die Aenderungen, die von der Memelabordnung gewünscht wurden, erfuhren keine Berücksichtigung. Die Konvention stellt für das Memelland ein Minimum an Rechten dar, die innerhalb des Versailler Vertrages noch zu erreichen waren. Anschließend behandelte der Rat den Bericht über die deutsch-polnischen Minderheitsverhandlungen. Auf Vorschlag Lord Parmoors wurde eine Entschließung angenommen, daß die Verhandlung über die Auslegung des Artikels IV des Minderheitsvertrages zwischen Deutschland und Polen fortzusetzen seien. Auch jede neue Frage, die von einer Seite der beiden Parteien erhoben werde, sei mit in die Verhandlung einzubeziehen. Falls bis zum 1. Juni 1924 keine Einigung erzielt sei, solle der Leiter des oberschlesischen Schiedsgerichtshofs als Schiedsrichter auftreten.

Churchill als Wahlredner. Aus London wird gemeldet: Churchill erklärte Blättermeldungen zufolge in einer Wahlrede, er trete für den Anschluß aller Nationen, darunter auch Deutschlands und Rußlands, an den Völkerbund ein. Vor allem müßten Anstrengungen unternommen werden, um den Eintritt Amerikas zu erreichen. Churchill wies auf die alten Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich hin und erklärte, es sei Großbritanniens Aufgabe, zu versuchen, sie zu beseitigen.

Der weiße Schrecken.

1]

Roman von Andor Nagy.

Aus dem Ungarischen übertragen von Stephan J. Klein.

Lola war Schauspielerin. Sie sang ein dummes, kleines Lied auf einer Varietébühne, vollkommen talentlos, mit blasser, zwitschernder Vogelstimme. Doch hatte sie es gar nicht notwendig, singen zu können. Sie besaß ein anderes Talent. Verstand es, den Gegensatz dessen zu geben, als was sie äußerlich erschien. Ihr Aeußeres, ihres Körpers ungewöhnlich regelmäßige, makellose, durchschimmernde hauchartige Schönheit ließen sie als ein auffallendes und staunenswürdig feines Geschöpf erscheinen. Diese Feinheit vermochte sie durch die Vornehmheit ihrer Erscheinung noch zu steigern. Und diese erstaunlich feine Dame sprach mit ihren porzellandünnen Lippen, mit ihrem frischen, kleinen Mund eines ungeschlachteten Bauern ordinäre Grobheiten und gemeinste Schweinereien so natürlich und ohne ein Zucken der Wimpern aus, als plaudere sie im gewähltesten Ton. Durch dieses ihr Talent wurde Lola ein verhätschelter, verwöhnter Liebling der Aristokraten. Letztere entdeckten sie in der großen Schar der Varietédamen und hegten in ihr dieses Talent zur Zote, würdigten am meisten diese ihre außerordentliche Begabung, als Gegensatz zu dem kühlen und vornehmen Ton der Atmosphäre, in der sie mit den eigenen Frauen verkehrten, die sie bereits zu Tode langweilten. Sie beschlagnahmten das Talent der kleinen Nachtschauspielerin vollkommen für sich; veranstalteten eigene Lola-Abende, bei denen sie das einzige weibliche Wesen war, bei denen alle befrackt und zeremoniell erschienen und nur sie allein das Recht auf schlüpfrige Redensarten besaß. Diese Zerstreuung galt als ein so aufregender Clou, daß für ganz besonders verdiente Aristokraten, wenn diese nach Budapest kamen, und man sie außerordentlich ehren wollte, ein Lola-Abend als das höchste veranstaltet wurde, was überhaupt geboten werden konnte. Die ausgezeichnende Bevorzugung und der Erfolg, den sie bei Aristokraten und anderen Notabeln erntete, blendete Lola selbstverständlich vollkommen. Den Männern gegenüber war sie hoffärtig, bei ihr zählte niemand, dessen Vater nicht zumindest Mitglied des Magnatenkasinos war, denn für sie begannen dort die in Betracht kommenden Männer; für die übrigen hatte sie bloß gnädige Herablassung, und sie sprach mit diesen wahrhaftig — ausschließlich fein. Sie hätte nicht um die Welt in anderer Gesellschaft zotenhafte Worte ausgesprochen, diese Freude bereitete sie nur Magnaten. Plötzlich verschwand diese Frau aus dem Kreise funkelnder Nachtlokale und Magnaten. Sie heiratete.

Wurde von einem reichen, müßig lebenden Manne geheiratet, von Abel.

Abel besaß ein Palais und ein Gut, das er geerbt hatte, und bei den besten Unternehmungen gute Papiere: dieses Vermögen ersparte ihm leicht Sorge und Mühsal des Lebens. Er mußte sich sein Vermögen nicht erwerben, wurde hineingeboren in den Wohlstand. Aber er war trotzdem ein etwas müder Mensch. Sein Großvater war noch ein großer Kämpfer und Verdiener gewesen, er selbst aber bereits erschlafft, ohne besondere Ziele und Bestrebungen. Ein wandernder Pinkeljude war sein Großvater gewesen. In der Provinz wußten arme kleine Krämer und Branntweinkrüger um seine Lebensgeschichte: mit Bändern und ähnlichem Kram pflegte der gottselige Abel pfeifend ins Dorf zu kommen, besaß nichts anderes, als ein auf dem Rücken lastendes Bündel und einen häßlichen, roten Bart. Im Haus der Herrschaft ging es auch damals bereits seit Tagen lustig zu, wie stets zu jenen Zeiten. Die Herren hatten schon alle Unterhaltungen ausgekostet, als vor dem angelweit aufgerissenen Tor des pfeifenden Abels häßlicher Bart erschien. Des roten Bartes Anblick erweckte von neuem des Gutsbesitzers scherzlustige Laune, — er ließ in des Tores Mitte den pfeifenden Wanderer bis zum Hals eingraben, bloß sein Kopf und sein großer roter Bart ragten aus der Erde empor. Die Gäste belustigten sich damit, daß sie zum Tor ein- und ausfuhren, mit berauschtem Kopf die ausgeruhten Pferde jagend und darin wetteifernd, wer an dem festgepflockten Kopf des roten Juden näher vorbeizufahren vermag. Aus dieser Komödie nahm das Abel-Vermögen seinen Ursprung; da der wandernde Jude den Scherz heil überstanden hatte, wurde er von der Herrschaft kavaliermäßig entlohnt. Er bekam an der Rückseite des Kastells, hinter dem Gesindehaus, ein auf das Gäßchen führendes Loch, durfte hier einen Laden eröffnen. Die kleinen Krämer und Branntweinschleißer, die sich mit genauer Sorgfalt der Großväter und Urgroßväter reichgewordener Juden entsinnen, glauben ernsthaft und erzählen es, jener gewisse Abel habe, während er eingegraben im Tor der Herrschaft große Aengste ausstand, gelobt, einst würde er der Herr des Hauses sein, oder sein Sohn oder sein Enkel, die jetzige Herrschaft aber ein heimatloser Habenichts. Ob sich dies tatsächlich so zutrug oder nicht, kann heute nicht mehr mit Gewißheit festgestellt werden. Der Enkel legte keinen Wert darauf, die Richtigkeit der Krämererzählung zu ergründen, doch steht fest, daß das Kastell tatsächlich des mit Bändern handelnden Abels Besitz wurde, unabhängig davon, ob er dies gelobt hatte oder nicht. Es gibt auch heute noch Leute, die behaupten, der hergelaufene rote Jude habe sich auf ehrlose, häßliche Art in das Kastell eingeschlichen, habe mit Branntwein und schmutzigen kleinen Wuchergeschäften den Bauern das Geld abgenommen, bis er dann allmählich auch der Herrschaft Darlehen zu geben, mit dieser Geschäfte zu machen begann, was zum Ergebnis hatte, daß von dem Gut immer mehr in seinen Besitz überging. Fest steht, daß hieran viel Wahres, und auch, daß dies so nicht in Ordnung sei. Abel, der Enkel, strauchelte oft vor dieser Frage, nicht bloß, weil er in seinen allzuvielen Mußestunden zu einem grübelnden Menschen geworden war, sondern weil es auch ihm lieb gewesen wäre, lungerten all diese Dinge nicht in der Vergangenheit seiner Familie.

In solchen Stunden überprüfte er sorgfältig die Geschehnisse und — es trieb ihn unwiderstehlich dazu — suchte freilich nach Entschuldigungen. Zweifellos, der Branntweinausschank widerte ihn an, aber — er versuchte zu einem Ausgleich zu gelangen — die Erlaubnis gab der Staat, die Zustimmung, daß jemand anderen Menschen Branntwein verkauft, und der Staat zog daraus auch einen ziemlich beträchtlichen Nutzen, — wie kann man da fordern, daß ein armseliger, erdgebundener kleiner Jude moralischer sei als der Staat? Und daß er den Bauern und der Herrschaft Darlehen gab? . . . Und sicherlich gegen schwere Zinsen . . . Aber weshalb wandten sie sich denn an ihn?! Weshalb waren sie so leichtsinnig und verschwenderisch, daß sie immer wieder auf eine Hilfe angewiesen wurden? Insbesondere die Herrschaft! Es war ja gar nicht schwer, deren Felder und Kastell zu erwerben: die Herrschaft selbst war dem Wucherer Abel dabei mit beiden Händen behilflich gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

Inflationsſchrecken im Saargebiet.

Die Frank-Entwertung und die notleidende Saarbevölkerung.

Die Inflation als Steuerquelle für den franzöſiſchen Staat.

Saarbrücken, 14. März. (Eig. Bericht.)

Der Frankenfall bleibt leider nicht auf Frankreich beſchränkt, ſondern zieht auch das Saargebiet ſtark in Mitleidenſchaft. Dieſes für 15 Jahre dem Völkerbund anvertraute deutſche Gebiet macht damit zum zweiten Male **das Elend eines Währungsverfalles durch.** Nachdem es mit dem Mutterland die Inflation der Reichsmark bis zur Neige durchgekoſtet hatte, **führte die Regierungskommiſſion des Saargebietes mit dem 1. Juli 1923 gegen den ausdrücklichen Willen der politiſchen Parteien die franzöſiſche Währung als alleiniges geſetzliches Zahlungsmittel ein.** Dieſe Einführung erfolgte gegen die Beſtimmungen des Verſailler Vertrages (§§ 23 und 32 des Saarſtatuts), der beſtimmt, daß **die deutſche Währung als die geſetzliche und die franzöſiſche als die geduldete Währung anzuſehen iſt.** Begründet wurde die Währungsänderung mit dem Hinweis auf die Stabilität des franzöſiſchen Franken! Wie groß die Stabilität des Franken war, geht daraus hervor, daß er ſeit ſeiner obligatoriſchen Einführung, dem 1. Juli 1923, bis heute, alſo in acht Monaten, mehr als 30 Prozent ſeines Wertes verloren hat.

Die Teilnahme an der Markentwertung iſt von den Saardeutſchen als ihre vaterländiſche Pflicht getragen worden. **Die Entwertung des franzöſiſchen Franken aber mitzutragen, kann der deutſchen Bevölkerung an der Saar um ſo weniger zugemutet werden, als ſie auf Grund ihrer deutſchen Nationalität und des vorübergehenden Charakters, den das Saargebiet als Völkerbundsgebiet hat, keineswegs dazu herangezogen werden darf, eine indirekte Steuer für den franzöſiſchen Staat zu leiſten.** Durch die Entwertung des Franken haben alle Beſitzer franzöſiſchen Geldes und diejenigen Vermögen und Rücklagen, die auf Grund geſetzlicher Beſtimmungen in feſtverzinslichen Frankenwerten angelegt werden müſſen, wie die Mündelgelder und die Vermögen und Rücklagen der ſozialen Kaſſen (Penſions-, Knappſchafts-Krankenkaſſen, Verſicherungsgeſellſchaften uſw.) **mehr als vier Fünftel ihres Wertes verloren.** Beim baren Gelde und bei Anlage in franzöſiſchen Staatspapieren, wie ſie z. B. bei den Knappſchaftskaſſen der franzöſiſchen Grubenverwaltung erzwungen wurde, ſtellt dieſer Kursverluſt einen Gewinn des franzöſiſchen Staates dar. Bei der Annahme, daß etwa 90 Millionen Franken Bargeld im Saargebiet umlaufen, hat die Saarbevölkerung in den letzten acht Monaten dem franzöſiſchen Staate allein durch die Entwertung des Bargeldes 72 Millionen Franken Steuern bezahlt!

Greifen wir die typiſche wirtſchaftliche Lage der größten Arbeitnehmerſchaft, der Bergarbeiter, heraus. Ihr Arbeitgeber iſt der franzöſiſche Staat, dem bekanntlich die Saargruben als Entſchädigung für die zerſtörten Gruben Nordfrankreichs durch den Verſailler Vertrag zugeſprochen worden ſind. In der Sitzung des Senats vom 12. Februar ſtellte der Berichterſtatter feſt, daß die Saargruben im verfloſſenen Jahre einen ausgezeichneten Ertrag für Frankreich abgeworfen hätten. Die Abſatzverhältniſſe der Saargruben ſind andauernd gut, andererſeits gab der franzöſiſche Miniſter Le Trocquer zu, daß die Teuerung im Saargebiet größer ſei, als in Frankreich. **Trotzdem blieb aber der Lohn der Bergarbeiter 75 Prozent hinter der Frankenentwertung und der Teuerung zurück!** Genau ſo ſteht es in den übrigen maßgebenden Branchen und bei den Angeſtellten bzw. Beamten. Verbitterung und Verelendung gehen bekanntlich Hand in Hand, ſo daß im Saargebiet die ſchwerſten Wirtſchaftskämpfe bevorſtehen, wenn der Notlage der Lohn- und Gehaltsempfänger nicht geſteuert wird.

Der Siedlungsausſchuß des Preußiſchen Landtags nahm einen Antrag an, gemeinnützigen Siedlungsgeſellſchaften und Gemeinden Bauholz zu angemeſſenen Preiſen zur Verfügung zu ſtellen.

Der Sparausſchuß tagt weiter. Auf die Anregung der ſozialdemokratiſchen Fraktion, die beim Sparausſchuß des Reichstags ſchwebenden Beſchwerden über ungerechtfertigten Perſonalabbau mit der Auflöſung des Reichstags nicht unter den Tiſch fallen zu laſſen, hat ſich die Regierung bereit erklärt, den Sparausſchuß weiter tagen zu laſſen. Beſchwerden in Abbauangelegenheiten ſind infolgedeſſen nach wie vor an den Sparausſchuß des Reichstags zu richten.

Aus der Partei.

Der Parteivorſtand gegen die Kandidatur Noske.

Hannover, 17. März. (Eig. Drahtbericht.)

Der Bezirkstag Hannover-Nordweſt hatte beim Parteivorſtand in Berlin gegen die Kandidatur Noskes Einſpruch erhoben. Der Parteivorſtand hat jetzt auf Grund des § 16 Abſ. 2 des Organiſationsſtatuts entſchieden, daß für die kommende Legislaturperiode des Reichstags von einer Kandidatur Noskes abzuſehen ſei. Wie in einer ſchriftlichen Begründung dem Einſpruch erhebenden Bezirk mitgeteilt wird, hat der Parteivorſtand bei ſeiner Entſcheidung ſich im weſentlichen die Gründe zu eigen gemacht, die auf dem Bezirksparteitag am 2. März in Hannover und auf der Uelzener Konferenz am 9. März gegen die Kandidatur Noskes vorgetragen wurden

Magdeburger Bezirksparteitag.

Deſſau, 17. März.

Auf dem geſtrigen Magdeburger Bezirksparteitag hielt Genoſſe Wels ein großes politiſches Referat, das mit ſtürmiſchem Beifall aufgenommen wurde. Von einer Diskuſſion wurde Abſtand genommen. Eine längere Ausſprache zeitigte die Aufſtellung der Reichstagskandidaten. Die endgültige Liſte lautet: 1. Bauer, 2. Silberſchmidt, 3. Dittmann, 4. Bender, 5. Bader, 6. Frau Arning, 7. Ferl.

An 5. und 6. Stelle ſtanden urſprünglich Beims und Brandes, die jedoch beide verzichteten.

Wirtſchaftspolitik.

Der internationale Deviſen-Markt.

Zum Wochenſchluß hatten ſich die Anforderungen an den Deviſenmarkt eher eine Kleinigkeit vermindert, und zwar beſonders in den Hauptvaluten. Andererſeits wies der Eingang an Exportdeviſen gegenüber den Vortagen eine leichte Zunahme auf. Ein erheblicher Mehrbedarf lag im weſentlichen nur in Buenos Aires anſcheinend wohl infolge der geſtern erhöhten Zuteilungsquote vor.

Infolgedeſſen wurde die Zuteilung hierin weſentlich herabgeſetzt. Da London gegenüber Kabel Neuyork ſchwächer lag (mit 4,29), wurde der Kurs für Auszahlung London wiederum eine Kleinigkeit herabgeſetzt auf 18,05. Kabel Neuyork 4,2 Billionen. Die übrigen Kurſe waren im allgemeinen der Parität nach errechnet.

Die Repartierung zeigte folgendes Bild: Kabel Neuyork, Buenos Aires 1 Prozent, London, Holland, Brüſſel, Paris, Schweiz, Spanien, Italien, Kopenhagen, Stockholm, Prag, Danzig 2 Prozent, Chriſtiania, Wien, Japan 3 Prozent, Liſſabon 5 Prozent. Verhältnismäßig beträchtliches Material kam in Rio de Janeiro heraus, ſo daß hier eine Zuteilung von 70 Prozent erfolgen konnte.

Am Notenmarkte wurden Dollarnoten mit 1 Prozent, Pfundnoten und holländiſche Gulden mit 2, Schweizer Franken mit 5 Proozent repartiert.

*

Markbewertung in der Neuyorker Schluß- und Nachbörſe 22¼ Geld, 22½ Brief. Dollarparität 4,441 Billionen.

Das Reich kauft 150 Millionen Goldanleiheſtücke zurück.

Berlin, 17. März (Sondertelegramm.)

Wie die „Montagspoſt“ erfährt, ſind in den letzten Wochen vom Reiche ſehr erhebliche Mengen der großen Goldanleiheſtücke gegen Rentenmark aufgekauft worden. Es handelt ſich um Beträge von **etwa 150 Millionen Goldmark**, die ſich zum großen Teil im Beſitz von Banken befanden. In nächſter Zeit werde wahrſcheinlich auch ein Teil der kleinen Goldanleiheſtücke vom Reiche zurückgekauft werden. Der Vorgang läßt auf eine erfreuliche Beſſerung der Reichsfinanzen ſchließen.

Gewerkſchaftsbewegung.

Kommuniſtiſches Kartell in Berlin.

Die Spaltungsoffenſive der Einheitsfrontler beginnt.

Die „oppoſitionellen“ Gewerkſchaftsorganiſationen der Buchbinder, Bekleidungsarbeiter, Bauarbeiter, Eiſenbahnarbeiter, Kürſchner und die Union der Hand- und Kopfarbeiter von Berlin haben in einer gemeinſamen Sitzung den Beſchluß gefaßt, **ein rotes Gewerkſchaftskartell zu gründen.** Es ſoll dadurch dem Allgemeinen Deutſchen **Gewerkſchaftsbund eine geſchloſſene Organiſation** entgegengeſtellt werden. Bereits zum 1. April wird ein allgemeines Arbeiterſekretariat eingerichtet werden, das eine Auskunftsſtelle für alle ſozialpolitiſchen Fragen unterhält. In die Leitung des Kartells entſendet jeder angeſchloſſene Verband einen Vertreter. Das Arbeitsprogramm dieſes oppoſitionellen Gewerkſchaftskartells ſieht eine gegenſeitige Unterſtützung bei Lohnkämpfen, ſowie die Feſtlegung gemeinſamer Richtlinien in allen Angelegenheiten der Tarife und Löhne vor.

Bei dieſen „oppoſitionellen“ Gewerkſchaftsorganiſationen handelt es ſich um kommuniſtiſche Sondergrüppchen, die ſich zum Teil aus Kommuniſten zuſammenſetzen, die wegen ihrer Zerſtörungsarbeit aus den freien Gewerkſchaften ausgeſchloſſen worden ſind. **Die kommuniſtiſche Kartellgründung in Berlin iſt der entſcheidende Schritt der Moskauer zur Zertrümmerung der Gewerkſchaften.** Dem gilt es mit aller Energie engegenzuwirken.

Eine wiſſenſchaftliche Zeitſchrift für die Gewerkſchaftsbewegung.

Von allen vorwärtsſtrebenden Gewerkſchaftlern, vor allem auch den Vorſtänden und Funktionären, iſt es oft als ein Mangel empfunden worden, daß der großen gewerkſchaftlichen Millionen-Bewegung zur Fort- und Durchbildung der gewerkſchaftlich-wirtſchaftlichen Gedankenwelt ein über Tageswert und Tageskampf ſtehendes wiſſenſchaftliches Organ bisher fehlte. Dieſem fühlbaren Mangel wird nunmehr abgeholfen werden. Ab 1. Mai wird unter Leitung des Genoſſen Zwing in Jena unter dem Titel: „Gewerkſchafts-Archiv, Monatshefte für Theorie und Praxis der geſamten Gewerkſchaftsbewegung“ eine wiſſenſchaftliche Monatsſchrift für die geſamte Gewerkſchaftsbewegung erſcheinen. An Mitarbeitern werden neben Theoretikern und Praktikern der Gewerkſchaftsbewegung zunächſt genannt Dr. Flatow, Dr. Sinzheimer, Klemens Nörpel, Dr. Alfred Braunthal, Dr. Engelbert Graf, Albert Kranold, S. Aufhäuſer. Der uns vorliegende Proſpekt ſagt, daß das „Gewerkſchafts-Archiv“ der Vertiefung wirtſchaftlichen und ſozialen Wiſſens, der Befeſtigung des gewerkſchaftlichen Gedankens dienen und dazu beitragen ſoll, einen tüchtigen gewerkſchaftlichen Funktionär- und Führerſtamm heranzubilden, der befähigt iſt, die aufgeworfenen großen Zeit- und Zukunftsprobleme der Gewerkſchaften zu überblicken, zu erfaſſen und fortzuentwickeln, um ſie ſchließlich im Sinne der ſozialiſtiſchen Gedankenwelt einer Löſung entgegenzuführen. Der Bezugspreis des 50/60ſeitigen Heftes iſt auf 75 Pfennig feſtgeſetzt. Beſtellungen nimmt die Buchhandlung des „Volksblatt“, Große Ulrichſtraße 27, entgegen.

Vierzig Jahre Schuhmacherverband. Das vierzigjährige Verbandsjubiläum konnte in dieſen Tagen der Zentralverband der Schuhmacher begehen. Aus dieſem Anlaß hat der Verband eine Jubiläums-Nummer ſeiner Verbands-Zeitung: „Der Schuhmacher“ herausgebracht, in der in verſchiedenen Artikeln von der mühſeligen Aufbauarbeit der Organiſation und ihren Kämpfen erzählt wird. Von einigen hundert Mitgliedern im Jahre 1884 hat es heute die Organiſation der Schuhmacher auf über 100 000 Mitglieder gebracht.

Verbandstag der Angeſtellten. Der Zentralverband der Angeſtellten beruft die Abgeordneten ſeiner Gliederungen aus allen Teilen Deutſchland für den 22 Juni und die folgenden Tage nach Kaſſel zum 2. ordentlichen Verbandstag zuſammen. Auf der Tagesordnung wird unter anderem zu den wichtigſten ſozial- und wirtſchaftspolitiſchen Fragen Stellung genommen werden.

Die „Teno“ eine Streikbrecherorganiſation. Im Hamburger Hafenarbeiterſtreik ſind bisher 538 Mitglieder der Techniſchen Nothilfe zum Löſchen von Waren eingeſetzt worden. In Bremen iſt es zu Zuſammenſtößen zwiſchen demonſtrierenden Hafenarbeitern und der Polizei gekommen.

Der Deutſche Verkehrsbund, Verwaltung Halle, hält morgen, Dienstag, den 18. März, abends ½8 Uhr, im „Volkspark“ eine allgemeine Mitgliederverſammlung ab. Auf der Tagesordnung ſteht u. a.: Vortrag über das neue Arbeitszeitgeſetz, Stellungnahme zu neuen Lohn- und Gehaltsbewegungen, Schaffung eines Kampffonds durch Erhebung von Extrabeiträgen. (Siehe Vereinsanzeiger.)

Aus aller Welt.

Eine neunzehnköpfige Räuberbande.

Hanau, 16. März.

Eine größere Anzahl von Perſonen aus der Umgebung von Hanau hatte am 26. Oktober 1923 den Eilgüterwagen eines in voller Fahrt befindlichen Perſonenzuges auf der Strecke Aſchaffenburg—Hanau beraubt und die Beute, als der Zug durch eine Waldſtrecke fuhr, hinausgeworfen. Den Eiſenbahnräubern waren wertvolle Güter in die Hände gefallen. Vor der Strafkammer Hanau hatten ſich wegen Beteiligung an dieſem Ueberfall 19 Perſonen zu verantworten. 14 Angeklagte wurden zu Freiheitsſtrafen von fünf Jahren Zuchthaus bis zu ſechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Untergang des Dampfers „Santiago“.

Neuyork, 16. März.

Der Dampfer „Santiago“ iſt mit dem größten Teil der Mannſchaft bei Kap Hatteras geſunken. Zehn Ueberlebende, die ſich in Booten retten konnten, ſind heute hier gelandet worden. Sie berichten, daß 26 Mann mit dem Schiffe untergegangen ſind, darunter auch der Kapitän Baldwin, der ſich am Maſt angebunden hatte, um mit ſeinem Schiffe zu verſinken.

Todesſturz zweier Flieger. Zwei Militärflugzeuge ſind geſtern bei Novara und Trieſt abgeſtürzt. Beide Piloten wurden auf der Stelle getötet.

Ein Spionageprozeß in Leipzig. Am 20. März findet vor dem Reichsgericht in Leipzig die Hauptverhandlung im Spionageprozeß gegen den franzöſiſchen Hauptmann Pendaries d'Armont ſtatt. Der Genannte war Leiter der franzöſiſchen Spionagezentrale in Baſel und wurde, als er mit ſeinen Agenten in Deutſchland in Verbindung treten wollte, auf deutſchem Gebiet verhaftet. Von franzöſiſcher Seite ſind zwecks Verhinderung des Prozeſſes und, um die Freilaſſung ihres Spionagechefs d'Armont zu erreichen, drei angeſehene Deutſche, der Oberlandesgerichtsdirektor Minde in Bochum, der erſte Staatsanwalt Schulte-Pelkum in Eſſen und der Bürgermeiſter von Wedelſtädt in Gelſenkirchen verhaftet. Den zuerſt als Geiſel verhafteten Senatspräſidenten Lenzberg vom Oberlandesgericht Düſſeldorf haben die Franzoſen wieder freilaſſen müſſen, **da der Aufenthalt in der ihm zugewieſenen 2½ Meter langen Zelle mit abgeblendeten Gitterfenſtern Lebensgefahr bedeutet hätte.** Alle Proteſte der deutſchen Regierung gegen dieſe widerrechtliche Geiſelfeſtſetzung ſind bislang vergeblich geweſen.

„Die Meiſterſinger von Nürnberg.“

Aufführung im Stadttheater.

Die „Meiſterſinger“-Aufführung am Sonnabend hatte ihre ausgeprägten Schönheiten und ihre fühlbaren Schwächen. Wenn der Eindruck der Vorzüge ſchließlich das Uebergewicht behielt, ſo lag das in erſter Linie an der vortrefflichen muſikaliſchen Vorbereitung und Leitung Fritz Volkmanns, der das Werk nicht nur im ganzen meiſterte, ſondern auch eine feine Präziſionsarbeit leiſtete. Der ausgezeichnete Kontakt zwiſchen Orcheſter und Bühne blieb auch dort gewahrt, wo die Soliſten (wir denken vor allem an den etwas eigenſinnigen Stolzing) ſich ihren Rhythmus ſelbſt modelten, um mit bequemen Tönen vorteilhaft paradieren zu können. Die Spielleitung (Hans Siegle) hatte, zwar etwas „frei“ nach Wagner, im großen und ganzen aber doch ſeinen Anſprüchen folgend, für das Gelingen der Aufführung wacker beigeſteuert.

Eine gefährliche Klippe für die Aufführung war die Beſetzung der Meiſterſinger. Bis auf den Meiſter Seifenſieder ging die Geſchichte jedoch einigermaßen. Die zweite Klippe aber war der David. Hier erlitt die Aufführung, wie vorauszuſehen war, eine ſchwere Schlappe. Abeck beſitzt für die Rolle weder die ſtimmlichen noch ſchauſpieleriſchen Qualitäten. Sein Geſang war namentlich im erſten Akt eine rechte Qual und nivellierte den bis dahin günſtigen Eindruck der Aufführung vollkommen. Wir nehmen an, daß die Leitung für die kommenden Aufführungen eine Umbeſetzung vornehmen wird. Von überraſchender Wirkung war Fritz Berghof als Stolzing. Er beſtand ſchauſpieleriſch und namentlich in den drei großen Arien ausgezeichnet. Eine leichte Ermüdung der Stimme im dritten Akt (Preislied) war nicht imſtande, den ſonſt tadelloſen Eindruck der Leiſtung abzuſchwächen. Auch der Hans Sachs Fritz Kerzmanns war nach beiden Richtungen gut in Form. Der Pogner Heinz Prybits hätte namentlich im erſten Akt geſanglich etwas eindrucksvoller ſein können. Die übrige Leiſtung befriedigte. Emil Fiſcher als Gaſt gab den Beckmeſſer mit großer Gewandtheit. Fiſcher, der einen auch guten muſikaliſchen Eindruck hinterließ, war namentlich in der Darſtellung von beabſichtigter Wirkung und trug zur Formung eines günſtigen Eindrucks der Aufführung weſentlich bei. Schließlich ſeien noch die ſehr vorteilhaft ausſehende Eva von Hilde Voß und die Magdalene Henriette Böhmers erwähnt. Beide Künſtlerinnen erzielten angenehme Geſangs- und Spielleiſtungen.

×

Märchenaufführung in der Volksbühne.

Die Volksbühne hat uns mit ihrer geſtrigen Märchenaufführung „König Droſſelbart“ für ihre faſt mißlungene Weihnachtsaufführung reichlich entſchädigt. Schon die Wahl dieſes Märchens der Gebrüder Grimm, das Frau Hedwig Gutzeit-Wegener geſchickt in Szene geſetzt hat, war glücklich; denn gerade die Erzählungen der Märchenklaſſiker Grimm haben jederzeit in den Herzen der deutſchen Jugend einen feſten Platz gefunden.

Die Aufführung hielt ſich in beachtlicher Höhe, zumal man an Dilettanten nicht dieſelben Anforderungen ſtellen darf wie an Berufsſchauſpieler. Die Rolle des Prinzeßchens, das aus Glanz und Pracht den Weg der Armut gehen muß, lag in guten Händen. Der jungen Darſtellerin (ihr Name iſt uns leider wie der der anderen Darſteller unbekannt, da Programme fehlten) gebührt unſere Anerkennung. Das gleiche gilt (wenn auch mit einiger Einſchränkung) für den König Droſſelbart, der ſowohl den König wie den Bettler gleich gut darſtellte. Nur im letzten Akt hätte ſein Spiel etwas lebendiger ſein können. Ausgezeichnet in Darſtellung und Maske war der Hofmarſchall, der viel Heiterkeit zu erregen wußte. Auch die vier fröhlichen Geſpielinnen des Prinzeßchens löſten ihre Aufgabe gut. Ebenſo paßten ſich die übrigen Darſteller gut dem Rahmen des Stücks an.

Einen ganz beſonderen Reiz gaben der Aufführung die gutgelungenen Reigen, deren Leitung in den Händen von Biene Schneider (Deſſau) lag. Es war eine Freude, die Kleinen und Kleinſten in niedlicher Verkleidung als Blümchen, Schmetterlinge und Heinzelmännchen tanzen zu ſehen. Auch der anmutige Solotanz der Elfenkönigin und der Elfentanz ſeien lobend erwähnt. Nicht vergeſſen ſei auch das luſtige bunte Jahrmarktstreiben des 4. Aktes mit ſeinen komiſchen Typen, unter denen ſich beſonders die Bänkelſänger auszeichneten. Muſik (von Edgar Panzer) verſchönte die Aufführung.

Dem Fleiß und der Mühe der Darſteller dankte der lebhafte Beifall der zahlreichen Zuhörer. Man ſah frohe, lachende Kindergeſichter. Die Märchenaufführung der Volksbühne hat ihren Zweck erfüllt. Wir bitten, die Aufführung recht oft zu wiederholen (wie bei dem Weihnachtsmärchen des Stadttheaters), damit auch den vielen armen Kindern unſerer Stadt die Freude, eine gute Märchenaufführung zu ſehen, zuteil werde. A.

* **Stadttheater.** Heute, Montag, 7½: „Marquis von Keith“. Dienstag: einmalige Aufführung von Strindbergs „Vater“. In der Rolle des Rittmeiſters gaſtiert Paul Wegener. Mittwoch: erſte Wiederholung von Wagners „Meiſterſinger“. Donnerstag: „Marquis von Keith“. Freitag: „Der Waffenſchmied“. Sonnabend: „Die toten Augen“. Sonntag: „Troubadour“. — Auf das Gaſtſpiel Paul Wegeners in „Vater“ von Strindberg weiſen wir beſonders hin. Karten zu erhöhten Preiſen ſind nur noch zu haben für den 1., 2. und 3. Ring.

Entdeckung eines unbekannten Volksſtammes in Sibirien. Die ſoeben aus Sibirien zurückgekehrte Expedition unter Leitung des Botanikers Gorodkow hat, wie der Oſt-Expreß berichtet, den äußerſten Nordweſten Sibiriens durchforſcht und dabei Gebiete durchquert, die noch nie ein Ruſſe betreten hatte. Hier fand die Expedition im Gebiet des Fluſſes Pur im Norden des Gouvernements Tobolſk einen Volksſtamm, deſſen Angehörige man bisher nur als Pelzhändler kennengelernt hatte, wenn ſie ſich in den ruſſiſchen Niederlaſſungen im Surgut-Gebiet zeigten, was übrigens nur ſelten geſchah. Man hielt ſie dort für einen Zweig der Samojeden. Gorodkow hat aber jetzt feſtgeſtellt, daß ſie dieſem Volk nicht angehören. Sie werden von den Samojeden „Panhaſſewo“, d. h. Waldmänner, genannt, ſie ſelbſt nennen ſich Neſchan. Ihre Sprache muß noch erforſcht werden.

Vereins-Kalender

der VSPD.,

freien Gewerkſchaften, Geſelligen Vereine ſowie der ſozialiſtiſchen Frauen-Zuſammenkünfte im Bezirk Halle-Merſeburg.

Sekretariat der VSPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daſelbſt (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der VSPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht koſtenlos, gegen beſondere Vereinbarung die aller anderen Vereine zum jeweiligen Milimeterpreiſe zweiſpaltig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranſtaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben.

Halle

Jungſozialiſten. Dienstag ½8 Uhr im Jugendheim, Weidenplan 20, Fortſetzung der Januar-Ausſprache über die Völkiſchen.

SAJ. Heute 7 Uhr Turnen.

Deutſcher Verkehrsbund, Verwaltung Halle a. S. und Umgegend Dienstag, den 18. März 1924, abends ½8 Uhr, im „Volkspark“ zu Halle a. S., Burgſtraße 27; Allgemeine Mitglieder-Verſammlung. Tagesordnung: 1 Vortrag über das neue Arbeitszeitgeſetz 2. Stellungnahme zu neuen Lohn- und Gehaltsbewegungen. 3. Schaffung eines Kampffonds durch Erhebung von Extrabeiträgen. Die Mitglieder aller Gruppen wollen im Anbetracht der hochwichtigen Tagesordnung zahlreich erſcheinen auch müſſen ſich die arbeitsloſen Mitglieder mit beteiligen Eintritt gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Die Verwaltung.

Baugewerkſchaft Halle. Montag, den 17. März abends 7 Uhr, im „Volkspark“ (Reſtaurationsſaal) Mitgliederverſammlung Thema: „Die Pflichtarbeit im Baugewerbe und der Wohnungsbau“. Referent Hermann Silberſchmidt (Berlin). Zu dieſer wichtigen Verſammlung müſſen alle Mitglieder erſcheinen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Verein Dr. med. Schüßlers Biochemie. Am Dienstag, den 18. März 1924 beginnt im Stadtgymnaſium der neue Lehrgang über Biochemie und Antlitzdiagnoſtik. Mitglieder frei, Gäſte 0 Pfg. — Am Sonnabend, den 22. März 1924, nachm. 5¼ Uhr: Die Anwendung der Antlitzdiagnoſe bei Kindern, um die im Körper ſchlummernden Krankheiten auszumerzen.

Schkeuditz. Dienstag, den 18. März, abends 8 Uhr, im „Ratskeller“: Mitglieder Verſammlung. Tagesordnung: 1 Die geſellſchaftlichen Bedingungen der engliſchen Arbeiterregierung, Referent Genoſſe Schulz (Halle). 2. Bericht vom Bezirkstag. 3 Beſchlußfaſſung über die Kandidaten-Liſte der Stadtverordnetenwahl.

Eilenburg. Dienstag, den 18. März, abends 8 Uhr, in der „Stadthalle“: Oeffentliche Verſammlung. Thema: Können Deutſchvölkiſche Führer ſein? Redner: Genoſſe Dr Schweriner-Berlin.

Delitzsch. Mittwoch, den 19. März, abends 8 Uhr, im „Schützenhof“: Oeffentliche Verſammlung. Thema und Redner wie unter Eilenburg.

Zentralbibliothek Halle

Burgſtraße 27 (Volkspark).

Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichniſſe zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44.

Literarische Gesellschaft

Mittwoch, den 19. März, abds. 8¼ Uhr, in der „Loge zu den 3 Degen“:

Walter Hasenclever

„Aus eigenen Werken“

Karten f. Mitglieder u. Nichtmitglieder bei Hothan

Rasend. Beifallsstürme durchzittern d. tägl. ausverkaufte Haus!

Das jungfräuliche Paradies

mit der schönsten Frau Amerikas:

Pearl White

in der führenden Rolle.

Ferner:

Heinrich Prang

in seiner Sensat.-Burleske:

Er denkt sich was aus

Die Quelle unerschöpflich. Humors

Wegen des Riesenandranges empfehl. wir Ihnen, die erste Nachm.-4-Uhr-Vorst. zu besuchen.

C. T. am Riebeckplatz

Der große Doppel-Spielplan der C.-T.-Lichtspiele

Gr Ulrichstr. 51

Unser lieb. Freund

Paul Heidemann

in seiner fabelhaft. Doppelrolle in:

Frau Schlange

Die große Sitten u. Schmuggl. Tragöd.

Ferner: P. Rosenheins Kriminal-Schauspiel:

Der große Sensations-Prozeß

Hierzu: Eine Attraktion für alle Sport- und Natur-Freunde:

Der Harz im Winter

Kaffeehaus Roland

Mittwoch, 19. März:

Gr. Schlachtefest

Ab 10 Uhr **Wellfleisch**

Früh-Konzert

Tagesordnung

für die Sitzung des **Zweckverbandes Leuna** am Mittwoch, dem 19. März 1924, abends 7 Uhr im Leunawerk Bau M 617 (Sitzungszimmer):

1. Straßenverbeſſerungen in Leuna
2. Errichtung einer Schulbaracke in Leuna.
3. Auswechſelung der Einfaſſungs-Säulen am Friedhofe.
4. Conſortialvertrag d. Mübag-Aktionäre.
5. Darlehensgewährung.
6. Brückeneinfaſſung.
7. Prozeßvergleich Siefert.
8. Heraufſetzung der Anſchlußgebühren an die Waſſerleitung für die Gemeinnützige Baugenoſſenſchaft Leuna.
9. Perſonalangelegenheiten.
10. Anträge und Wünſche. 6073

Leuna-Werke, den 15. März 1924.

Der Vorſitzende des Zweckverbandes Leuna.
Cornely.

U.T.

Leipziger Straße 88

Täglich

mit unbeschreiblichem Erfolg!

Nanuk der Eskimo

Dieser berühmte Eskimo-Film wurde im nördlichsten Kanada im Gebiete des ewigen Eises aufgenommen und lief bisher in den Weltstädten wie London, Paris, Amsterdam usw. wochenlang mit unvergleichlichem Erfolg, u. a. in New York vier Monate ununterbrochen.

Beginn 4 Uhr.

Ufa

W.-T.

Walhalla-Lichtspiel-Theater

Alles lacht

über das Gastspiel der berühmten

Leipziger Seidel-Sänger

Dazu der große Sitten- und Gesellschaftsfilm

Das Schicksal einer anständigen Frau

Tragödie in 5 Akten nach dem Roman v. Katherine Kavanough.

Beginn 4.30 Uhr.

Ufa

U.T.

Alte Promenade 11a

Täglich bei ausverkauftem Hause!

Der zweite und letzte Teil

des großen Abenteurer- und Sensationsfilms

Die große Unbekannte!

betitelt:

Die Dame aus Lissabon

In der Hauptrolle: Ellen Richter

— 6 Akte! —

Der anerkannt größte Schlager der Saison.

Dazu ein reizendes Lustspiel

Beginn 4 Uhr.

Ufa

Bekanntmachung.

Durch ein Uebereinkommen zwiſchen dem Deutſchen Begräbnis-Verſicherungsverein und acht Evangeliſchen Kirchengemeinden in Halle iſt die wertbeſtändige und außerordentlich günſtige

Goldmark-Beſtattungskoſten-Verſicherung

eingeführt worden. Die Evangeliſchen Kirchengemeinden haben dadurch das Ziel erreicht, den Gemeindemitgliedern im Todesfalle die

koſtenloſe Ausführung der vollſtändigen Beſtattung

zu ſichern. Die Vorzüge der Verſicherung:

1. Unbedingter Rechtsanſpruch auf Ausführung der Beſtattung nach Zahlung des erſten Beitrages und Aushändigung des Mitgliedsſcheins; **alſo keine Wartezeit.**
2. Keine ärztliche Unterſuchung.
3. **Geringe Beiträge, die ſich nach dem Beitrittsalter richten.**
4. Aufgenommen werden geſunde Perſonen im Alter von 7 bis 85 Jahren.
5. Bei einem Beitrittsalter **bis** zu 60 Jahren **nur zehnjährige Beitragsdauer,** dann Beitragsfreiheit.
6. Würdige u. pietätvolle Beſtattung **auf Grund genauer Beſtattungstarife.**
7. Größte Sicherheit. Der Verein ſteht unter Reichsaufſicht.
8. Die Beſtattung kann in acht Klaſſen je nach Wahl des Verſicherten erfolgen.
9. Keine Gewinne an Aktionäre. Der Geſamtüberſchuß kommt den Verſicherten zugute und dient zur Herabſetzung der Beiträge.
10. Bei Verzug nach außerhalb wird die Beſtattung am neuen Wohnort ausgeführt oder Barauszahlung geleiſtet.

Wer die Sachleiſtung nicht wünſcht, kann eine

Goldmark-Geld-Verſicherung

bis 1000 Mk abſchließen.

Die Beiträge des Vereins ſind niedriger als die des Volks-Feuerbeſtattungsvereins

Der Volks-Feuerbeſtattungsverein beſtattet ſeine Mitglieder ohne Sarg. Die Leiche wird auf einem Lattengeſtell liegend in den Einäſcherungsofen eingeführt, während der Sarg zu Transporten vom Trauerhaus zum Krematorium wieder Verwendung findet.

Wollen Sie würdig und pietätvoll beſtattet werden, dann treten Sie dem Deutſchen Begräbnis-Verſicherungsverein bei.

Aufnahmen nehmen entgegen für die

Marien-Gemeinde Küſter Raue, An der Marienkirche 2.
Ulrichs-Gemeinde: Küſter Müller, Kl. Brauhausſtr. 26.
Moritz-Gemeinde: Küſter Kage, An der Moritzkirche 6.
Glauchaer-Gemeinde: Küſter Bieſecker, Glauchaerſtr. 9.
Laurentius- u. Stephanus-Gemeinde: Küſter Schulz, Am Kirchtor 26.
Dom-Gemeinde: Küſter Kiefer, Domplatz 3.
Johannes-Gemeinde Küſter Wendt, An der Johanneskirche 2.
Paulus-Gemeinde: Küſter Ruſt, Bismarckſtr. 21.
Giebichenſteiner- u. Cröllwitzer-Gemeinde: Küſter Herre, Peſtalozziſtr. 4.
Trotha-Gemeinde: Kantor Zeutſchel, Pfarrſtr. 1.

Kolossal billig!

Nur Dienstag!

Grüne Heringe **10** ₰

Norweger das Pfund

Schellfisch, klein . . . . . 15 ₰

Alle anderen Sorten billigst!

Sprotten, Kieler 1 Pfund Inhalt, Kiste **60** ₰

Nordsee Gr. Ulrichstraße 58

5962

Gummi

Fußballblasen

billig

Gr. 1	2	3	4
1,—	1.05	1.10	1,15
5	6		
1,25	1.35		

Kniestücke für Sportsleute

„Ulrich“

Sanitätsgeschäft

vorm. C. Klappenbach

Halle a. d. S.

Gr Ulrichstr. 41

Billige

Hosen

Zwirnhosen v. 4.00 an

Pilothos. in gestreift, schwarz, blau von 6,00 an

Feldgraue v. 6,00 an

Manchester Kniehosen **12 Mk.**

Schlosserjacken 4.25 pp. 5949

Nur solange Vorrat

Heinrich Heine

Steinweg 20. III

Kauft nur bei unseren Inserenten!

---

1 Poſten extraſtarke, gelbe

Strapazier-Schuhe

Gr. 40-45

à Paar 9,50 Mk.

Hofmann,

Leipziger Str. 27 am Turm.

---

1 Paar neue D.-Lackſchuhe Nr. 38, 1 Kinder-Klappſportwagen mit Verdeck, neue Kinderſchaukel, 1 Schneiderbüſte, 1 Fleiſchwolf zu verkaufen Krukenbergstr. 5, III r.

Alle Drucksachen

liefert die

Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Dauerhafte

Besuchstaschen

Ia Leder

sehr preiswert

Hugo Krasemann

Nur Schmeerstr.

Lederwaren-Haus.

◆

Halt!

Kleine Anzeiger

wie: Kauf-Geſuche und -Angebote, Vermietungen Unterricht, Stellengeſuche Vereinsnachrichten uſw. finden hier ſtets ihren Erfolg

---

Schulranzen

und Schülertaschen

große Auswahl billigſt bei

Friedrich Pietsch

Sattlermeiſter

Steinweg 32

Schuhmacher!

Jhren Bedarf an 5912

Sohl- u. Oberleder-Ausſchnitt

decken Sie im Spezialgeſchäft für gute loogegerbte Leder bei

Wilh. Kranig, Neue Promenade 15.

VOLKSPARK

Eigenes Heim der hallischen Arbeiterschaft

Allen Gewerkschaften und Vereinen bringen wir unsere geräumigen Saal- und Garten-Lokalitäten zur Festlegung der Sommerfeste sowie aller sonstigen Veranstaltungen in empfehlende Erinnerung

Gute Küche wie im Frieden

Speisen und Getränke in reicher Auswahl

Stadt-Theater.

Dienstag, abends 7½ Uhr:

Gaſtſpiel Paul Wegener in

Vater

Marke:
Waschbär

Kl. Berlin 2, 1 Tr.

Geiststr. 17, Laden

Rattenvertilgung auf Grund polizeilicher Anordnung!

Für die Zeit der Auslegung des Rattengiftes wird in jeder hieſigen Apotheke eine ſehr wirkſame **friſch bereitete Phosporlatwerge,** mit genauer Verwendungsvorſchrift zu haben ſein.

Auf Veranlaſſung der Polizei weiſen wir daher die Hausbeſitzer an, ſich **rechtzeitig** mit der Apotheke ihres Bezirkes in Verbindung zu ſetzen, damit die ausreichende Menge friſch hergeſtellt werden kann.

Der Hallesche Apothekerverein.

„Volksblatt“

Moden-Zeitungen

im Abonnement und einzeln

Buchhandlung

Arbeitsamt Eisleben.

Petriſtraße 9. **Fernſprecher 131.**

Abteilung f. Landwirtſchaft: a) Arbeitſuchende: Dampfpflugmaſchiniſten, Wächter, Geſchirrführer, Tagelöhner, Schweizer, Feldarbeiterinnen, Schäfer, verh., Schäfer, led., Lehrlinge. b) Offene Stellen: eine Arbeiterfamilie mit 3 erwachſenen Töchtern ſofort. **Gewerbliche Abteilung:** a) Arbeitſuchende: Bauführer, Laborant Autoführer, Bohrmeiſter, Bäcker, Fleiſcher, Friſeure, Buchbinder, Maler, Anſtreicher Maurer, Bauarbeiter, Schloſſer, Inſtallateure, Zimmerleute, Sattler, Schmiede, Glaſer, Schneider, Tiſchler, Schriftſetzer, Berg-, Hütten-, Salinen-, Platz-, Tagebau- und Abraumarbeiter, Laufburſchen, Handlungsgehilfen, Bureaugehilfen. b) Offene Stellen: Gute Großſtückſchneider. **Weibliche Abteilung:** a) Arbeitſuchende: Aufwartungen, Dienſtmädchen, Kontorperſonal, Lehrmädchen f. Geſchäft, Näherinnen, Oſtermädchen, Plätterinnen, Scholarinnen. b) Offene Stellen: Aufwartungen, Dienſtmädchen, ältere, gediente, Haus- und Küchenmädchen für Güter, Maſchinenſchreiberin, perfekte, Stubenmädchen für Güter, Stallmädchen, Stützen. 1162

Lehrlingseinſtellung für Oſtern 1924.

Oſtern 1924 tritt wieder eine große Zahl Jugendlicher (männliche und weibliche) in das berufliche Leben. Eine öffentliche Aufgabe iſt es, dieſe jungen Menſchen ökonomiſch einzugliedern in den Produktionsprozeß und ſie zu berufstüchtigen Menſchen heranzubilden. Um uns dieſe Aufgabe zu erleichtern, bittet das Arbeitsamt (Abteilung Berufsamt) alle Arbeitgeber und alle Hausfrauen, die die Abſicht haben, Oſtern 1924 einen Lehrling oder ein Mädchen für die Hauswirtſchaft oder ſonſtige Berufe einzuſtellen, den Bedarf recht bald mitzuteilen.

Die Auftragserteilung geſchieht mittels der zugeſtellten Auftragskarte oder mündlich im Arbeitsamt (Berufsamt) Eisleben, Petriſtr. 9, Zimmer 12, Telephon 131 täglich von 9 bis 12 und 3 bis 4 Uhr.

Der Zuweiſung der Lehrlinge und der Mädchen iſt eine gründliche Berufsberatung vorausgegangen. Die Vermittlung geſchieht unparteiiſch und koſtenlos.

✚ **Kluge Frauen!** ✚

Vorsicht bei Anwendung von Mitteln gegen **Regelstörung!**

Hüten Sie sich vor Anpreisungen, die nur selten das halten, was sie versprechen!

Rettung und neuen **Lebensmut** bringen meine seit Jahrzehnten erprobten **Spezialmittel** und befreien Sie von krankhaften **Stockungen,** die zur

Verzweiflung

treiben können, auch in **schweren** Fällen. Einfachste Anwendung, garantiert unschädlich, keine Berufsstörung. Viele freiw. und herzliche Dankschreiben bezeugen den Erfolg, oft schon in **Stunden.** Versand unauffällig unter Nachnahme. Leiden Sie? dann schreiben Sie noch heute an

W. Heilmann, Hamburg 19 (A 514)

Bellealliancestr. 46 1142

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Die Vermietung von Gasgebrauchsgegenſtänden

iſt wieder aufgenommen. Auch ſteht eine beſchränkte Anzahl gebrauchter Gegenſtände zum Verkauf. 5959

Verwaltung der Städt. Gas- und Waſſerwerke, Unterplan 12.

Eisleben

Der **Reminiſcere-Markt** findet am 18. und 19. März auf der Wieſe ſtatt. Der **Viehmarkt** wird am 18. März abgehalten. Viehauftrieb von morgens 8 Uhr an. Der vorhergehende Sonntag — 16. März — wird zu Volksbeluſtigungen und zum Verkauf auf der Wieſe freigegeben. Geſchäftsleute können hierzu Erlaubnis beantragen.

Eisleben, den 12. März 1924.

Die Polizeiverwaltung.

Durch Beſchluß des Verwaltungs-Ausſchuſſes des Arbeitsamtes vom 12. März ſind gemäß des am 1. März 1924 in Kraft getretenen § 34 der **Verordnung über Erwerbsloſenfürſorge** vom 16. Februar 1924 (RGBl. I S. 127) für ſämtliche Krankenkaſſen, die im Stadtkreiſe Eisleben und im Mansfelder Seekreiſe ihren Sitz haben, 3 Prozent des Grundlohnes für die Erwerbsloſenfürſorge mit Wirkung vom 1. März 1924 an auf die Dauer von zwei Wochen feſtgeſetzt worden. Von der 3. Woche an, alſo vom 15. März, ſind bis auf weiteres 2 Prozent zu erheben. Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen den Beitrag je zur Hälfte. Die Beiträge ſind als Zuſchläge zu den Krankenkaſſenbeiträgen und mit dieſen an die Krankenkaſſen zu entrichten. Für die zurückliegende Zeit ſind die Beiträge bei der nächſten Abführung zu zahlen.

Eisleben, den 14. März 1924.

Der Vorſitzende des Verwaltungsausſchuſſes des Arbeitsamtes.

Mansfelder Gebirgskreis

Dem § 34 Abſ. 2 und 3 der Bekanntmachung der neuen Faſſung der Verordnungen über Erwerbsloſenfürſorge und über die Aufbringung der **Mittel für die Erwerbsloſenfürſorge** vom 16. Februar 1924 (RGBl. I S. 127) gemäß hat der Verwaltungsausſchuß (§§ 7 und 63 des Arbeitsnachweisgeſetzes) des Arbeitsamtes beſchloſſen, was folgt:

Der Beitrag der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beträgt vom 1. März 1924 an für den Bezirk des Arbeitsamtes des Mansfeld. Gebirgskreiſes 3 Prozent des Grundlohnes (Lohnſtufen, wirklicher Arbeitsverdienſt).

Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen den Beitrag je zur Hälfte. 1164

Mansfeld, den 13. März 1924.

Das Arbeitsamt. Becker, Landrat.

Familien-Nachrichten

Am 14. März 1924 verſtarb unſer Maurerpolier, Herr

Otto Schulze

Der Verſtorbene hat lange Jahre unſerem Betriebe angehört, er hat ſich durch ſein tatkräftiges Mitarbeiten das Vertrauen der geſamten Belegſchaft erworben.

Wir werden ſein Andenken ſtets in Ehren halten.

Die Geſchäftsführer, Angeſtellten, Poliere und Belegſchaft der Mitteldeutſchen Bauzentrale, Geſ. m. b. H.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240317l-16/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 17. März 1924.

Der Nachfolger.

Grundſätzliche Neuerung im Gemeindewahlrecht: Beſtimmung der Erſatzvertreter durch die Parteien.

Das neue Wahlgeſetz für die preußiſchen Gemeindewahlen, das am 4. Mai zum erſtenmal in Anwendung kommen wird, enthält eine Neuerung, die für die Wahlen zu Parlamenten von grundſätzlicher Wichtigkeit iſt. Es handelt ſich um den Nachfolger, der an die Stelle eines ausſcheidenden Stadtverordneten tritt. Bisher war es ſo, daß einfach der nächſte auf der betreffenden Vorſchlagsliſte nachrückte. Dabei konnte es vorkommen, daß der Nachfolger gar nicht mehr der in Frage kommenden Partei angehörte, es gab aber kein Rechtsmittel, ihm das Mandat zu verweigern. Das ſoll nun anders werden. In § 8 des neuen Wahlgeſetzes heißt es:

„Wenn ein Gemeindevertreter die Wahl ablehnt oder vor Ablauf der Wahlzeit ausſcheidet, oder wenn die Wahl eines einzelnen Gemeindevertreters für ungültig erklärt wird, ſo tritt an ſeine Stelle der Bewerber, der in demſelben Vorſchlag hinter dem Gewählten in erſter Stelle berufen iſt. **Die Reihenfolge, in der der Bewerber zu berufen iſt, kann durch die Mehrheit der noch wahlberechtigten Unterzeichner des Wahlvorſchlags geändert werden.** Die Aenderung muß dem Gemeindevorſtand bis zum Ablauf von zwei Wochen nach Erledigung der Stelle mitgeteilt werden.“

Dieſe Beſtimmung findet künftig auch auf die **Kreistagsabgeordneten, Kreisdeputierten** und die Mitglieder der **Kreisausſchüſſe** entſprechende Anwendung.

Es iſt ohne weiteres klar, daß dieſe Geſetzesänderung von außerordentlicher Bedeutung iſt. Sie beſeitigt manche Schwierigkeiten, die ſich bei der Liſtenwahl namentlich gegen Ende der Wahlperiode bisher herausgeſtellt hatten. Eine ſorgfältige Auswahl auch derjenigen Kandidaten, die auf die zunächſt nicht als ſicher geltenden Stellen der Wahlvorſchlagsliſten geſetzt werden, bleibt darum nicht weniger wichtig. Daneben gewinnt auch eine ſorgfältige Auswahl der Unterzeichner von Wahlvorſchlägen eine beſondere Bedeutung. Die Reihenfolge, in der die Kandidaten auf den Liſten aufgeſtellt werden, verliert dadurch verhältnismäßig an Bedeutung gegenüber der genauen Ueberlegung aller Möglichkeiten, wie andere Kräfte eventuell für die Gemeindeparlamente durch dieſe Neuerung herangezogen werden können.

Die „Sommerzeit“ geht wieder um.

Kürzlich ging durch die Preſſe die Nachricht, daß die neue ſächſiſche Regierung ſich an die Reichsregierung mit dem Antrag gewendet habe, die „Sommerzeit“ wieder einzuführen. Wie der Amtliche Preußiſche Preſſedienſt meldet, hat nun auch das preußiſche Staatsminiſterium beſchloſſen, an das Reich mit dem Antrag heranzutreten, für das Sommerhalbjahr 1924 die Sommerzeit einzuführen. „Maßgebend für die Beſchlußfaſſung waren Erwägungen finanzpolitiſcher Art und die Erkenntnis vom Werte der Sommerzeiteinrichtung für die Volksgeſundheit. Schwierigkeiten, die ſich durch die Einführung der Sommerzeit in einzelnen Teilen der Landwirtſchaft ergeben, kann nach Anſicht des Staatsminiſteriums durch verkehrstechniſche Umſtellungen und Rückſichtnahme auf ſpezielle landwirtſchaftliche Bedürfniſſe, z. B. durch Späterlegung der Milchzüge u. a. m., Rechnung getragen werden.“

Der Standpunkt der Landwirtſchaft zu dieſer Einrichtung iſt bekannt: ſie will nichts davon wiſſen und kümmert ſich auch nicht im geringſten um die Durchführung einer ſolchen Maßnahme. In den paar Jahren während der Kriegszeit, wo die Sommerzeit eingeführt war, haben ſich die meiſten Geiſtlichen auf dem Lande geweigert, die Turmuhren nach der neuen Zeit zu richten, ſo daß der gewiß nicht anmutende Zuſtand zu verzeichnen war, daß Stadt und Land verſchiedene Zeiten aufzuweiſen hatten. Auch die ſtädtiſche Arbeiterſchaft bringt der ſogenannten Sommerzeit nicht die geringſte Sympathie entgegen, weil ſie die gerühmten Vorteile nicht in ihr erblicken kann. Die Erſparniſſe an Beleuchtungsmaterial ſind ſo minimal, daß ſie das entſtehende Durcheinander nicht rechtfertigen. Alſo bleibt uns vom Leibe mit der Sommerzeit!

Noch immer ſchwarze Reichswehr?

In Zeiten politiſcher Hochſpannung, wie wir ſie jetzt durchleben, ſollte die Reichsregierung Wert auf klare Verhältniſſe bei ihren eigenen Inſtitutionen legen. Der Hitler-Prozeß hat allgemeine Aufmerkſamkeit für die Reichswehr geweckt. Der Beweis für das Vorhandenſein reaktionärer Elemente in ihr iſt erbracht. Nun verdienen die immer wieder auftauchenden Gerüchte Beachtung, denen zufolge unſer Heer Zeitfreiwillige annimmt und ausbildet. Bekanntlich iſt das geſetzlich verboten und politiſch gefährlich, weil ſich nur rechtspolitiſch orientierte Kreiſe zur Ausbildung melden, die an innere Kämpfe denken. In Halle iſt es ein ſogenanntes öffentliches Geheimnis, daß junge Leute aus den angedeuteten Schichten für einige Monate Militärdienſt leiſten. Hin und wieder werden auch ſolche Leute in Uniform geſehen. Am Sonntag, dem 16. März, beobachtete man in Halle Angehörige des Reichswehrregiments 12, die durch ihr ganzes Benehmen verrieten, daß ſie keine Berufsſoldaten ſind. Aus Süddeutſchland kommen zuweilen gleichlautende Mitteilungen. Ein Reiſender berichtete vor kurzem der „Voſſiſchen Zeitung“, daß bei Stuttgart ſchmiſſebedeckte Studenten in Reichswehruniform den Zug beſtiegen und das „ſchöne“ Ehrhardt-Lied ſangen. Was ſoll das alles bedeuten? Die bisher veröffentlichten amtlichen Dementis klangen auffallend matt! Was bedeutet es ferner, daß man den „vaterländiſchen“ Verbänden das Tragen des Reichswehr-Eichenlaubes um die ſchwarzweißrote Kokarde widerſpruchslos geſtattet? Damit verzichtet man auf den einzigen in die Augen fallenden Unterſchied zwiſchen regulären Uniformierten und Putſchiſten. Das Verbot des Stahlhelms als Kopfbedeckung war hoffentlich nur ein Anfang, dem völliges Verbot des gemeingefährlichen Treibens aller reaktionären bürgerkriegsluſtigen Vereinigungen folgt. Hätte man ſie im Herbſt unterdrückt ſtatt durch verfehlte Parteiverbote Reklame für die politiſch Radikalen zu machen, ſo ſtände es beſſer mit der Republik.

Herrn Walter Lambach zum Gruß!

Walter Lambach, Vorſtandsmitglied des Deutſchnationalen Handlungsgehilfenverbandes, ſpricht morgen in öffentlicher Verſammlung in Halle. Wir freuen uns, daß zu Beginn des Wahlkampfes der völkiſch-rechtsradikale Charakter des DHV. wieder im hellſten Lichte erſcheint. Eine antiſemitiſche Gründung der neunziger Jahre, hat dieſe Auch-Gewerkſchaft deutſcher Handlungsgehilfen ſtets mitgeholfen, wo es galt, Pogromſtimmung gegen unſere jüdiſchen Volksgenoſſen zu erzeugen. Walter Lambach gehört zu den ſchlimmſten Hetzern des Verbandes. Unſere Leſer werden ſich des ſchmachvollen „Gedichtes“ erinnern, deſſen Kraftſtellen lauteten: „Löwenzeit war, als zuſammengebiſſene Zähne der Deutſchen vierundeinhalbes Jahr der ganzen Welt Trotz boten. Fuchszeit iſt jetzt, da ſich auf Bismarcks Stuhle als Deutſchlands Außenminiſter der Bankjude Rathenau räkelt. . . . **Fuchszeit iſt jetzt, da die ſchwarzweißrote Ehrenflagge den gelben Schmachſtreifen trägt.**“

Lambach iſt für dieſe Leiſtung nicht ſtrafrechtlich verfolgt worden. Das paſſiert einem verlogenen Republikgegner ſo leicht nicht. Er reiſt im Lande herum und agitiert für ſeinen arbeitgeberfreundlichen Verband und für die völkiſche Idee. Und es gibt immer noch Mitbürger, die auf ſo etwas hereinfallen.

Tuberkuloſe und ihre Bekämpfung in der Zukunft.

In dieſem Sinne ſprach am Sonnabendabend vor einer aufmerkſamen Hörerſchaft, die die Aula des Reformrealgymnaſiums faſt füllte, Dr. med. Rüdinger (Leipzig). Der Referent leitete ſeinen Vortrag mit einer Erklärung der kleinſten Größen des Stoffs (Atome, Moleküle uſw.) ein, dabei betonend, daß dieſe „Nichtſe“, wie ſie in der Herſtellung der Heilmittel nach Dr. Schüßlers Biochemie eine große Rolle ſpielen, noch heute von den meiſten, namentlich auch deutſchen Aerzten als heilunwirkſam abgelehnt werden. In den Vereinigten Staaten hat man viel früher als anderswo ſchon die Wirkung der kleinſten Doſen erkannt und ſie in der homöopathiſchen Heilweiſe verwandt, die die chemiſchen Arzneiſtoffe benutzt, während die Biochemie eine Mineralſtofftherapie iſt. Nachdem kam der Redner auf die Behandlung der Tuberkuloſe (Schwindſucht) nach dieſer Heilweiſe zu ſprechen und erwähnte, daß man in neuerer Zeit immer mehr Anhänger in der Aerzteſchaft für die Auffaſſung findet, daß eine Bekämpfung dieſer Seuche künftig beſſer mit kalkhaltigen Salzen erfolgt, wie ſie im menſchlichen Körper vorhanden ſind und die die natürlichen Abwehrſtoffe bilden. So würde alſo durch giftfreie Heilmittel die Neubildung jener ermöglicht. Der Arzt, der nach dieſem Verfahren — der Biochemie — behandelt, muß dabei weit mehr Rückſicht auf die oft zahlreichen körperlichen und ſeeliſchen Krankheitsmerkmale nehmen, was die Allopathie (übliche Heilweiſe mit Arznei in ſtarken Doſen) nicht nötig macht.

Die wohl ſehr ausführlichen Hinweiſe des Vortragenden dürften der Bewegung, die in Halle ſchon eine anſehnliche Mitgliederzahl hat, neue Freunde geworben haben, denn der biochemiſche Verein iſt die beſte Mittelsperſon für alle Intereſſenten. Im Schlußteil wurden belehrende Lichtbilder über Vorbeugung, Dispoſition (Veranlagung), Heilſtätten uſw. gezeigt. F—e.

Der Kampf beginnt!

Die VSPD. Halles eröffnet den Kampf um den neuen Reichstag mit einer

heute abend 8 Uhr

im großen Volksparkſaale ſtattfindenden öffentlichen Verſammlung.

Die beiden bisherigen Reichstagsabgeordneten unſeres Bezirks, Genoſſen Kunert und Krüger werden über das Thema

Rettung oder Untergang?

ſprechen. Alle Männer und Frauen ſind eingeladen.

Parteigenoſſen! Die Reaktionäre von rechts ſowohl als auch die Verblendeten von links ſind fieberhaft am Werk, um im Wahlkampf unſere Partei niederzureiten. Sie werden ſich gründlich verrechnen! Alles muß heute abend auf ſeinen Poſten treten! Keiner darf fehlen!

Auf zur Verſammlung!

* **Wie hoch iſt die Invalidenrente?** Aus den Kreiſen der Invalidenrentner kommen in letzter Zeit häufig Anfragen an die Landesverſicherungsanſtalt über Berechnung der Renten und Anträge auf Erhöhung derſelben. Alle dieſe Anfragen werden, wie uns verſichert wird, erſchöpfend beantwortet, wenn der Abſender erſichtlich iſt. Leider werden auch Anträge anonym eingereicht und müſſen in den Papierkorb wandern. Es ſei deshalb nochmals darauf hingewieſen, daß zurzeit jede Invalidenrente 13 Goldmark pro Monat beträgt, ohne Rückſicht auf Zahl und Höhe der verwendeten Marken, ſoweit überhaupt eine Anwartſchaft beſteht. Eine Erhöhung dieſer Renten durch einen einzelnen Verſicherungsträger iſt natürlich ausgeſchloſſen und kann nur auf dem Wege der Geſetzgebung reſp. auf Grund einer Verordnung geſchehen. Daß die zurzeit gezahlten Renten, genau wie früher auch, völlig unzureichend ſind, bedarf wohl keiner Begründung. Die ganze ſoziale Verſicherungsgeſetzgebung iſt durch die Inflation völlig zuſammengebrochen und wird erſt mit einer allgemeinen Beſſerung unſerer Wirtſchaftslage einer Geſundung entgegengehen.

* **Die unzufriedenen Völkiſchen.** Am Schalter einer hieſigen Bücherei ſteht eine ältere Jungfrau, den „Völkiſchen“ unterm Arm, auf der keuſchen Bruſt ein ſchwarz emailliertes Hakenkreuz 4 × 4 Zentimeter. Zu ihr geſellt ſich eine Geſinnungsfreundin. Das Geſprächsthema bildet die letzte völkiſche Verſammlung und ihr Echo in der „Halleſchen Zeitung“. — „Was dieſem ekelhaften Blatt nur einfällt, auf uns derartig zu ſchimpfen! Was geht die Redaktion nur an, ob die Nationalſozialiſten und Völkiſchen dies oder jenes tun! Die Deutſchnationalen ſollen ſich ja nicht einbilden, daß wir mit ihnen gehen! Sonſt ſetzen ſie uns hier wie in Thüringen drei Demokraten auf die Naſe. Na, die Bande ſoll hier in Halle ihr blaues Wunder erleben.“

Arme „Halleſche Zeitung“, nun hat all dein völkiſcher Ehrgeiz wieder mal nichts genützt. Die radikalen Brüder ſind und bleiben unzufrieden.

* **Im Prozeß gegen den Prokurator der Franckeſchen Stiftungen** Karl Münſcher wegen ſeiner Zucker-Liebesgaben an Berliner Geheimräte iſt, wie wir hören, vom Staatsanwalt Reviſion eingelegt worden. Intereſſant iſt, daß keine bürgerliche Zeitung in Halle einen Verhandlungsbericht gebracht hat, obwohl alle Blätter durch Berichterſtatter vertreten waren. Hat der Herr Prokurator ſo gute Beziehungen?

* **Was iſt paradox?** Wenn ein hochgelehrter Profeſſor, in deſſen Adern unzweifelhaft ſemitiſches Blut rollt, in einer völkiſchen Verſammlung als Diskuſſionsredner Arthur Dinters Machwerke empfiehlt — ſo geſchehen nach Profeſſor Stieves Vortrag „Die Völkiſchen“ in Halle an der Saale.

* **Bedingte Strafausſetzung.** In einer Allgemeinen Verfügung des Juſtizminiſters zu der Verordnung über Gerichtsverfaſſung und Strafrechtspflege wird, dem Amtlichen Preußiſchen Preſſedienſt zufolge, beſtimmt, daß in den Sachen, in denen die Strafkammer in erſter Inſtanz rechtskräftig entſchieden hat, die Strafkammer (Beſchlußkammer) auch nach dem 1. April für die bei der bedingten Strafausſetzung notwendig werdenden Entſcheidungen — ſoweit ſie nicht auf Grund des Jugendgerichtsgeſetzes erfolgen — zuſtändig iſt. Das gleiche gilt außerhalb der Tagung von ſolchen Sachen, in denen das Schwurgericht erkannt hat oder erkennen wird.

* **Keine Silberentwertung zu befürchten. Wie von zuſtändiger Stelle mitgeteilt wird, iſt durch die Ausprägung von Reichsſilbermünzen** eine Inflation in Silber nicht zu befürchten. Die Silbermark ſei an die offiziell nicht vorhandene Goldmark angeſchloſſen und gelte als Scheidemünze des geſetzlichen Zahlungsmittels; ihr Feingehalt entſpreche dem der engliſchen Silbermünzen.

Das kaufmänniſche Bildungsweſen

der Stadt Halle.

Die ſtädtiſchen Schuleinrichtungen für die theoretiſche Fachausbildung des kaufmänniſchen Nachwuchſes und für die Vorbereitung zum Eintritt in den kaufmänniſchen Beruf ſind vielfach unbekannt. Der nachfolgende Aufſatz, der uns von der Schulleitung zur Verfügung geſtellt wird, ſoll Aufklärung bieten.

Die ſtädtiſchen kaufmänniſchen Bildungsanſtalten gliedern ſich in eine Pflichtberufsſchule, eine öffentliche und eine höhere Handelsſchule. — Alle im Stadtgebiet Halle beſchäftigten kaufmänniſchen männlichen Angeſtellten und Hilfsperſonen des Handelsgewerbes unter 18 Jahren ſind auf Grund eines Ortsſtatuts verpflichtet, die kaufmänniſche Berufsſchule in den vom Magiſtrat feſtgeſetzten Tagesſtunden zu beſuchen. Der Pflichtunterricht erſtreckt ſich auf die rein kaufmänniſchen Lehrfächer. Man begegnet vielfach der Anſicht, dieſe Pflichtſchule ſei nur da für Lehrlinge mit Volks- und Mittelſchulbildung, aber nicht für Lehrlinge im Beſitz des früheren Einjährigen-Zeugniſſes oder gar mit dem Zeugnis für obere Klaſſen einer höheren Schule. Das iſt eine irrige Anſicht. Die Betonung der kaufmänniſchen Fachausbildung ſteht im Vordergrund, deren ganz beſonders auch Lehrlinge mit höherer Schulbildung bedürfen. In beſonders für ſie eingerichteten Klaſſen iſt ihnen Gelegenheit geboten, das Lehrziel in ein bis zwei Jahren zu erreichen, während in der Regel der Schulbeſuch drei Jahre dauert. Die Schulpflicht kann bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres ausgedehnt werden. Die wöchentliche Stundenzahl iſt auf 6, 8, 12 feſtgeſetzt. Die Unterrichtszeit fällt in die Tagesſtunden. Am Abend können ſtrebſame Schüler und kaufmänniſche Angeſtellte in freiwilligen wahlfreien Unterrichtskurſen ihre Bildung erweitern und vertiefen. Bei mindeſtens 20 Teilnehmern wird Unterricht in fremden Sprachen, Maſchinenſchreiben, Kurzſchrift, Kunſt- und Plakatſchrift, Buchführung für ſchwierigere Fälle uſw. erteilt. Der Pflichtunterricht iſt ſchulgeldfrei. Für freiwilligen Unterricht wird ein geringes Schulgeld erhoben. Der Lehrherr iſt zur Anmeldung der Schulpflichtigen ſofort nach Eintritt in den Gewerbebetrieb und zur Ueberwachung des Schulbeſuches verpflichtet. Die öffentliche Handelsſchule baut auf der abgeſchloſſenen Volksſchulbildung auf. Es dürfen nur ſolche Knaben und Mädchen aufgenommen werden, die eine gute Volksſchulbildung beſitzen. Sie iſt eine Fachſchule mit einjährigem Lehrgang, der ſich auf die eigentlichen Handelsfächer: Handelskunde mit kaufmänniſchem Schriftverkehr, kaufmänniſches Rechnen, Buchführung, Schön-, Kurz- und Maſchinenſchreiben erſtreckt, aber auch durch Unterricht in Deutſch und einer Fremdſprache die Allgemeinbildung, durch Wirtſchaftsgeographie, Bürger- und Lebenskunde die wirtſchaftliche und ſtaatsbürgerliche Bildung anbahnt und erweitert. Der erfolgreiche Beſuch der Handelsſchule wird durch ein Abſchlußzeugnis nachgewieſen. Wer die öffentliche Handelsſchule mit Erfolg beſucht hat, iſt verpflichtet, die Berufsſchule zwei Jahre lang nur während der Hälfte der für die übrigen Schüler feſtgeſetzten Stunden zu beſuchen.

Die höhere Handelsſchule baut auf einer höheren Vorbildung auf. **Es wird gefordert:** Die Reife für Oberſekunda einer höheren Schule für Knaben, einer Studienanſtalt für Mädchen, oder das Schlußzeugnis des Lyzeums, oder das Schlußzeugnis einer anerkannten preußiſchen neunklaſſigen Mittelſchule, mit dem Zeugnis „gut“ in Deutſch und einer Fremdſprache. Bei dem Fehlen dieſer Vorbedingungen kann der Nachweis durch eine Aufnahmeprüfung erbracht werden. Die höhere Handelsſchule zählt zu den höheren Fachſchulen. Der Lehrgang iſt zurzeit auf ein Jahr beſchränkt. Auf Grund der beſſeren Vorbildung wird neben den Handelsfächern Unterricht in wirtſchaftlichen und fremdſprachlichen Lehrfächern (Engliſch, Franzöſiſch, Deutſch, Wirtſchaftsgeographie, Volkswirtſchaftslehre, Bürgerkunde) erteilt. Der erfolgreiche Beſuch der höheren Handelsſchule befreit von der Berufsſchule.

An den ſtädtiſchen kaufmänniſchen Bildungsanſtalten unterrichten 14 hauptamtliche Lehrperſonen mit beſonderer Fachausbildung an der Handelshochſchule und an Handelslehrerinnen-Seminar, ein Lehrer für techniſche Fächer und nebenamtlich ein Studienrat, ſieben Volks- und Mittelſchullehrer, eine Turnlehrerin, ein Turnlehrer und ein Praktiker. Das neue Schuljahr beginnt für ſämtliche Abteilungen am 1. April, früh 8 Uhr, mit der Anmeldung neuer Berufsſchüler und mit der Aufnahmeprüfung in die Handelsſchule, deren Unterrichtsbetrieb mit der Einſchulung am 2. April, früh 8 Uhr, ſeinen Anfang nimmt. Der Unterricht für Berufsſchüler findet in den Hofgebäuden des Stadtgymnaſiums, für Handelsſchüler und -ſchülerinnen in der Luiſenſchule (Große Steinſtraße) ſtatt. Auskunft erteilt der Direktor im Amtszimmer der Berufsſchule, Sophienſtraße 37, Eingang Luiſenſtraße. G.

* **Wer erhält Brotbeihilfe?** Gemäß den Richtlinien über die Verwendung der Brotbeihilfen vom 27. Oktober 1923 erhalten beſonders bedürftige, kinderreiche Familien Beihilfe zur Verbilligung des Brotes, und zwar, wenn der Vater noch lebt für das vierte und jedes weitere Kind, wenn der Vater nicht mehr lebt, für das dritte und jedes weitere Kind. Für Kinder, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, wird Brotbeihilfe nur gewährt, wenn das Kind nicht in der Lage iſt, ſeinen Lebensunterhalt ſelbſt zu verdienen. Von der Brotverbilligung ſind Selbſtverſorger ausgeſchloſſen. Die Brotverbilligung beſteht darin, daß für jedes vierte bzw. dritte und jedes weitere Kind in der Woche der Betrag in Höhe von zwei Fünftel des Wertes eines vierpfündigen Brotes, alſo zurzeit 20 Pf. gezahlt werden. Der Antrag iſt bei der Gemeinde zu ſtellen.

* **Eine Frauenleiche aus der Saale gezogen.** Am Sonnabendvormittag wurde gegenüber der Siebenbrüderhöhle aus der Wilden Saale die Leiche eines etwa 23jährigen Mädchens gelandet. Die Leiche, die etwa vier Wochen im Waſſer gelegen haben muß, iſt nach dem Gertraudenfriedhof gebracht worden.

* **Unter Autorädern.** Sonnabend nachmittag wurde in der Talamtſtraße ein Maurer von einem Perſonenkraftwagen angefahren und zu Boden geſchleudert. Gegen den ſchuldigen Kraftwagenführer, der zu ſchnell gefahren iſt, iſt Strafanzeige erſtattet.

Film und kleine Bühne.

* **U.-T., Alte Promenade.** „Papa hypnotiſiert.“ Das iſt ein luſtiges Spiel von einem Spießer, der andere überliſten wollte, aber ſelbſt angeführt wurde. Wer keinen Humor entdeckt, muß ihn hineinzulegen wiſſen. „Die große Unbekannte“ ſchließt, wie vorauszuſehen war, mit einem prächtigen zweiten Teil ab. Die Jagd nach dem „großen Los“, das keins war, — der Druckfehlerteufel fälſcht auch Gewinnliſten! — geht luſtig weiter bis zu einem harmloſen Ende. Um der Bildſchönheiten verdient der Photograph ein beſonderes Lob. Doch auch die Darſteller gaben viel. Der Huszar, die Tonne auf der Tonne hat an Heiterkeitserfolgen wieder mal die anderen übertroffen.

* **U.-T., Leipziger Straße.** Im tollen Wirbel beleben Leute von „drüben“ in zwei Akten die weiße Wand. „Das verrückte Hotel“ iſt dieſe Ballung ſchier unglaublicher Bewegungen benannt. In Amerika iſt man eben in Trickaufnahmen firm. „Nanuk, der Eskimo“. Wer ihn geſehen, dieſen bisher einzigen Film, der uns Kenntnis gibt von den Eis- und Schneegefilden im höchſten Norden, wird ſeinen Herſtellern recht dankbar ſein. Gibt es doch kein Mittel außer dem rollenden Band, uns Ziviliſierten das Leben jener Primitiven naturgetreu vor Augen zu führen. Daß es eine Bärenarbeit war, eine ſolche Bilderfülle zu erzielen, begreift der Beſchauer ſofort. Nanuk, der Typus des genügſamen Menſchen, verrät doch eine geniale Veranlagung. Wie er ſeine Schneewohnung baut, die uns fortgeſetzt beunruhigende Kohlenfrage und die Wärmetechnik zwingt, möchte annehmen laſſen, daß er darüber Vorleſungen gehört hätte. Eins ſteht vor allem feſt: das Volk der Eskimos iſt ein abgehärteter, kerngeſunder Menſchenſchlag, der uns arme Bedauernswerte verſpotten darf, die wir ſchon bei einigen Grad unter Null den Ofen aufhucken möchten und ohne Arzt und Apotheke kaum alt werden. F—s

Aus der Provinz.

Sitzung des Bezirksvorſtandes und der Geſamtpreßkommiſſion.

Sonntag, den 23. März, vormittags 10 Uhr, tagt im Gewerkſchaftshaus zu **Halle** eine wichtige Sitzung des erweiterten Bezirksvorſtandes und der Geſamtpreßkommiſſion.

Wir erſuchen die Mitglieder der beiden Körperſchaften, ſich für den 23. März freizuhalten und vollzählig und pünktlich zur Sitzung zu erſcheinen.

Die Preßkommiſſion. J. A.: K. Jänicke.
Der Bezirksvorſtand. J. A.: Fr. Peters.

Meldet ſofort die Abonnenten!

Wir erſuchen die Ortsvereine, dem Verlag mitzuteilen, wieviel „Volksblatt“-Leſer (Abonnenten) nach der Agitation im Orte vorhanden ſind. Dabei iſt anzugeben, von welchem Termin an die neugewonnenen Leſer das „Volksblatt“ feſt beſtellt haben.

Die Meldung muß ſofort erfolgen.

Die Bezirksleitung der VSPD.

Vaterländiſche Kulturpropaganda.

Aus Zeitz wird uns geſchrieben: Vor kaum Jahresfriſt kam ein Zeitzer Buchhändler auf den Gedanken, ſeine Heimatſtadt auch literariſchen Anregungen zu erſchließen. Er ſetzte ſich mit der Vereinigung kultureller Buchhändler in Verbindung, die Mitteldeutſchlands namhaftere Städte umfaßt und im Winterhalbjahr manche wertvollen Vortragsabende vermittelt. So kam Bruno H. Bürgel nach Zeitz und berichtete von den Wundern fernſter Welten. Profeſſor Karl Söhle gab Proben ſeiner entzückenden Kleinkunſt. Gute Rezitatoren verhalfen den Meiſtern älterer Zeiten zu lebendigem Ausdruck. Die Bevölkerung dankte durch regen Beſuch der Abende. Alles ſchien ſich harmoniſch zu entwickeln. Es ſchien aber nur ſo, denn der eifrige Buchhändler hat das Unglück, Mitglied der VSPD. zu ſein. Ein Marxiſt als Förderer deutſchen Kulturlebens — welch unerträglicher Gedanke für die „völkiſchen“ Kreiſe der Stadt. Raſch wurde eine Vereinigung „nationaler“ Buchhändler ins Leben gerufen, die ebenfalls eine Vortragsreihe ankündigte. Der Anfang war harmlos. Bonſels und Börries von Münchhauſen laſen aus ihren Werken. Bald aber zeigte ſich des Pudels Kern. Lettow-Vorbeck erſchien in Zeitz, von Stahlhelm, Wehrwolf und ſonſtigen völkiſchen Rettungsvereinen ſtürmiſch begrüßt. Käte Schirrmacher agitierte im „kulturellen“ Rahmen für die Rechtsparteien. Dann opferte man wieder einmal den literariſchen Pflichten und ließ — Courths-Mahler kommen, deren Schriftſtellerinnenruhm in den Herzen aller alten Tanten für ewige Zeiten verankert iſt. Als weitere „Attraktionen“ ſind Dr. Arthur Dinter und General Ludendorff angekündigt. Ob der tapfere Weltkriegsſieger wirklich erſcheinen wird, ſei dahingeſtellt. Im Rahmen dieſes wahrhaft vaterländiſchen Kulturprogramms bildet er freilich den einzig würdigen Abſchluß. B—r.

Kommuniſten und Genoſſenſchaften.

Von der Leitung einer Konſumgenoſſenſchaft unſeres Bezirks wird uns geſchrieben:

Am 27. Dezember 1923 wurde uns die Mitteilung gemacht, daß **die Genoſſenſchaften von der Gewerbeſteuer befreit** ſind. Schon ſetzte ſich die ganze Meute der Gegner dafür ein, um das für die Genoſſenſchaften Geſchaffene wieder zu beſeitigen. Am 22. Februar 1924 wurde deshalb erneut über die Gewerbebeſteuerung der Genoſſenſchaften verhandelt. Sonderbarerweiſe fehlten aus dem halliſchen Bezirk ein großer Teil der Abgeordneten, trotzdem ſie wußten, daß eine Sonderbeſteuerung für die Genoſſenſchaften vorgenommen werden ſollte. Dieſe Abgeordneten ſtimmten zwar nicht für die Beſteuerung, durch ihre Abweſenheit gaben ſie aber ſchließlich zu erkennen, daß ſie Gegner der Gewerbeſteuerfreiheit der Genoſſenſchaften ſind.

Durch Abweſenheit glänzten aus dem halliſchen Bezirk: Otto Kilian und Georg Schumann, Halle, Ulrich Rogg, Wittenberg. Alſo drei Vertreter jener Partei, die bei jeder Gelegenheit behauptet, die alleinige Intereſſenvertretung der Arbeiterſchaft zu ſein.

Die ganze Steuerangelegenheit wird auf Antrag Ende März nochmals behandelt werden. Es ergeht deshalb an alle Genoſſenſchafter der Ruf, ihre Abgeordneten dahin zu bringen, daß ſie ſich für die Befreiung der Genoſſenſchaften von der Gewerbeſteuer einſetzen. Eine Genoſſenſchaft iſt kein Gewerbebetrieb, ſondern ein gemeinnütziges Unternehmen.

Sangerhauſen. Emminger-Juſtiz. Im Zeichen des Juſtizabbaues ſtand der am Donnerstag vor dem hieſigen Schöffengericht ſtattgefundene Prozeß gegen den Genoſſen Schröder. Lange vor Beginn ſtanden die Intereſſierten und Senſationslüſternen vor dem Eingang des Zuhörerraumes. Am Richtertiſch ſaß mutterſeelenallein der Amtsrichter Dr. Voigt. Genoſſe Schröder wird beſchuldigt, in den Revolutionstagen des Jahres 1918 eine Unterſchlagung an zweifelhaftem Gute verübt zu haben. Einen hinreichenden Beweis konnte weder der Staatsanwalt, der 4 Wochen Gefängnis beantragte, noch der Richter, der 14 Tage wegen Hehlerei diktierte, erbringen. Lediglich die Tatſache, daß in der großen Familie Schröder in vier Fällen die gleichen Stoffmuſter vorhanden geweſen ſind, genügte, um Schröder zu verurteilen. Wir müſſen alſo unſeren Genoſſen den Rat geben, bevor ſie ſich Stoff zu Anzügen und Kleidern kaufen, von den Geſchäftsleuten eine amtlich beglaubigte Rechnung geben zu laſſen, ferner eine eidesſtattliche Erklärung des Verkäufers, daß es in Deutſchland keinen zweiten Menſchen gibt, der einen gleichen Stoff zum Kleid oder Anzug beſitzt. Als erſter Zeuge trat der Bruder im Jungdo, Dienemann, auf, der erſt alles vergeſſen hatte. Das iſt das typiſche bei vielen Jungdos und Stahlhelmerichen; die haben nämlich in den paar Jahren die Not und das Elend des Krieges vergeſſen. Der Zeuge Wagner, ein Schupomann, iſt zu dem Termin „rein zufällig, aus Intereſſe zur Sache“ von Weißenfels nach Sangerhauſen gekommen. Hoffentlich wird ſich noch die Staatsanwaltſchaft mit dieſem Herrn befaſſen. Denn wie der Verteidiger vor Gericht erklärte, hat Herr Unger ſelbſt geſagt, die Ueberführungsakten habe er von Herrn Wagner zur Einſicht erhalten. Die Zeugin Sperber war eine von den vielen, die es „von der Frau Müller oder Schulze gehört“ haben, aber ſelbſt nichts wiſſen. Als Kronzeuge trat Herr Unger, Kinobeſitzer und Vorführer des „Fridericus Rex“ und ſonſtiger „patriotiſcher“ Filme, auf. Mancher von den Zuhörern mit Jungdo- und Stahlhelmabzeichen rutſchte peinlich berührt hin und her. Beſſer konnte ein Kriegsgegner die Begleiterſcheinungen des Kriegs auch nicht gloſſieren. Wahrheitsgetreu ſchilderte er den Rücktransport von 42 Waggons allerlei ſchöner Dinge, die er trotz aller Schwierigkeiten, mit Schmiergeld geölt, in die Heimat brachte. Nur ein Waggon rollte bis Artern, und da iſt er bis zum letzten Stück ausgeplündert worden. Für einen Offizier hatte er mehrere Kiſten mit wertvollem Inhalt, wie Goldplomben (!!), nach Deutſchland gebracht. Jedenfalls hat der Frontkämpfer Unger recht intereſſante Dinge aufgedeckt. Gegen dies offenſichtliche Fehlurteil wird Berufung eingelegt.

Sangerhauſen. Der „Aufſtieg“ der völkiſchen Bewegung hat, wie es ſcheint, in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend ſeine „höchſte Höhe“ erreicht zu haben. Es war den Verbreitern „teutſcher Ideen“ mit Hilfe von Stangen und Leitern gelungen, das aufſehenerregende Schild der Sozialdemokratiſchen Partei mit der Farbe ihres Verſtandes zu bepinſeln. Liebe Brüder im Jungdo, ihr habt noch in der Eile vergeſſen, euer Erkennungszeichen, das Hakenkreuz, zu hinterlaſſen. Na, was nicht iſt, kann noch kommen. Wir ſind ſolche Heldentaten der geiſtig Impotenten gewöhnt. Sie äußern ſich im Briefkaſtenabreißen, im Scheibeneinſchlagen, Wändebeſchmieren uſw. uſw. Heil zu neuen Taten!

Kelbra. Auf verirrten Wegen. Die traurige wirtſchaftliche Lage wird von gewiſſenloſen Demagogen benutzt, um die Arbeiterſchaft für reaktionäre Verbände zu gewinnen. Dieſe Beſtrebungen haben leider bei denjenigen Proletariern, welche das Gebiet der Politik äußerſt mangelhaft beherrſchen, einen Erfolg gehabt. Begünſtigt durch den militäriſchen Belagerungszuſtand entſtand bei uns der Stahlhelm und eine Wehrwolfgruppe. Ueber die Ziele und Beſtrebungen dieſer Organiſationen iſt jeder klaſſenbewußte Arbeiter im klaren. Für alle traurigen Zuſtände möchte man die Sozialdemokratie verantwortlich machen. Nieder mit den Novemberverbrechern! ſchallt es aus heuchleriſchem Munde. Dabei verſchweigt man, daß der militäriſche Zuſammenbruch und die unfähige Diplomatie dem deutſchen Volke dieſe Kataſtrophe bereitet haben. Darum, Ihr Arbeiter, meidet derartige Organiſationen. Zeigt Klaſſenbewußtſein, fühlt Euch eins mit der Arbeiterſchaft und kämpft mit uns zur Erringung der Macht und zur Verwirklichung des Sozialismus.

Lützen. Genoſſenſchaftliches. In einer öffentlichen Konſumentenverſammlung am Donnerstag beſchäftigte ſich Genoſſe Schöbel (Halle) mit dem Thema: „Die Konſumvereine und deren Bedeutung im Wirtſchaftsleben.“ In eingehender Weiſe und geſtützt auf gutes ſtatiſtiſches Material wies der Redner auf die ungeheuren Aufgaben hin, welche die Genoſſenſchaften im Verein mit den Gewerkſchaften und politiſchen Parteien im Kampfe für die Befreiung der Arbeiterklaſſe zu erfüllen haben. Die Lage der Genoſſenſchaften, hervorgerufen durch die Inflationswirtſchaft, fand eine eingehende Erörterung. Was eine Genoſſenſchaft zu leiſten imſtande iſt, wurde an der Hamburger „Produktion“ und der Großeinkaufsgenoſſenſchaft nachgewieſen, auch die ruſſiſchen Staatseinrichtungen glaubte man den deutſchen Genoſſenſchaften als Vergleich gegenüberſtellen zu müſſen. Nach einer Schilderung der Lützener Verhältniſſe fand die leider nur mäßig beſuchte Verſammlung ihr Ende.

Laucha. Hans, der ſchneidige Wehrwolf! Hans, der einzige Sohn im Kriege reich gewordener Eltern, iſt zweifellos eine ſtramme Pflanze der Nation. Vater und Sohn haben den Krieg bei jenen Soldaten mitgemacht, die gezwungen waren, Garniſondienſte zu tun und freiwillig Urlaubsgeſuche bei ihrem Feldwebel einzureichen. Die eigenen Intereſſen wurden immer der Kriegswirtſchaft angepaßt. Des Kaiſers Rock wurde ihnen immer verhaßter, je länger der Krieg dauerte. Die Revolutionstage brachten beide wohlbehalten nach Hauſe bei Muttern. Eitel Freude herrſchte im Hauſe; der verhaßte Militarismus war erdolcht! Der Wiederaufbau begann mit einer Haſt, daß Kundige ſtutzig wurden. Einige Jahre vergingen, und Hans mußte in Poſition treten. Der Vater, einſt ein „ehrbarer Handwerker“ — er war vom Stellmacher zum Fabrikbeſitzer geſtiegen — kannte dies Erfordernis. Es gab reichlich Taſchengeld, wie ſich das für den Herrn Sohn ſchnell reich gewordener Eltern gebührt. Dann kam der Wehrwolf, der neue „Geiſt“, und belebte auf einmal auch unſeren Hans. Im Glanze ſeiner Uniform paradiert er bei jedem Anlaß mit dem Stahlhelm auf dem Kopf umher. Auch ein tapferer Kamerad! Wir ſahen ihn beim Pfalztag auf dem Marktplatz. Das Totenkopfabzeichen auf der Bruſt gab unſeren Gedanken Anregung und Anlaß zum Lächeln. Und lachen muß man, wenn man Hanſens Befehle zu Geſicht bekommt, die ſeinen Untergebenen zugehen. Darin brachte er beſonders zum Ausdruck, daß die Lauheit und Schlappheit ihm beſonders aufgefallen ſei, was künftig anders werden müſſe, wenn es einmal gilt, den inneren und äußeren Feind zu bezwingen. Armes Deutſchland, wenn du ſolchen Leuten in die Hände fielſt!

Roßleben. Gute Tage für die Kaliherren. In den letzten Tagen hat hier ein recht lebhafter Verſand von Kalidüngeſalz eingeſetzt. Mitunter verkehren täglich mehrere ſehr ſchwere Güterſonderzüge. Dieſe Züge werden meiſtens als geſchloſſene Güterſonderzüge bis ans Ziel durchgeführt. Der Kali wandert meiſtens nach den öſtlichen Provinzen Deutſchlands und den öſtlichen Nachbarländern. — Und die Valuta in die Treſors der notleidenden Kalibergherren.

Delitzſch. Die Mittelſchule, die wir ſchon länger erſtrebt hatten, iſt nun wenigſtens zum Teil, wenn auch nicht ganz in unſerem Sinne zur Wirklichkeit geworden. Ab Oſtern 1924 iſt die Höhere Mädchenſchule in eine Mittelſchule umgewandelt worden. Auf Antrag unſerer Fraktion iſt beſchloſſen worden, bis zu einem Drittel der Klaſſenſtärke Knaben aufzunehmen. Bei der Wichtigkeit der Bildung iſt allen Genoſſen, die begabte Kinder haben, die jetzt im 4. Schuljahr ſind (bei beſonders begabten genügen drei Schuljahre der Volksſchule) zu raten, ſie bei dem Rektor der Höheren Mädchenſchule anzumelden. Große Bedenken wegen der Koſten brauchen nicht zu entſtehen, da in bezug auf Lernmittelfreiheit das größte Entgegenkommen vorgeſehen iſt. Eine Ausſprache mit dem jetzigen Klaſſenlehrer der Kinder wird allen Eltern die notwendige Klarheit geben. — Ein Radio-Vortragsabend war am Mittwoch im Feſtſaal der Oberrealſchule veranſtaltet worden. Bei der jetzigen Aktualität dieſes Gegenſtandes hätte der Beſuch eigentlich ſtärker ſein müſſen. Nach einem recht inſtruktiven Vortrag fanden dann die Vorführungen ſtatt, von denen die Darbietungen der Sendeſtation Leipzig unter mannigfachen Störungen litten, während die aus Königswuſterhauſen bedeutend beſſer zu Gehör gelangten. In einigen Tagen ſoll ein Abend ausſchließlich den Darbietungen gewidmet ſein. Aus der mit dem Vortragsabend verbundenen Bücherausſtellung ging hervor, daß ſchon eine reichliche Literatur über das Radioweſen beſteht.

Torgau. Eine ſehr anerkennenswerte Einrichtung auf kommunal-wirtſchaftlichem Gebiete iſt unter unſerem Landrat Dr. Drews entſtanden. Während die Kreisſparkaſſe früher kaum dem Namen nach bekannt war, hat ſie jetzt als Kreisſpar- und Girokaſſe die Stadtſparkaſſe weit überholt, und nicht nur das, auch die hier beſtehenden Privatbanken müſſen ſie als ernſtlichen Gegner betrachten. Mit Hilfe eines gut ausgebildeten Perſonals iſt es ihr möglich, den Banken in allen Geſchäftsangelegenheiten die Spitze zu bieten. Auch der Verkehr mit dem Publikum ſpielt ſich durchweg in den höflichſten Formen ab, ob Arbeiter, ob Rittergutsbeſitzer, bei allen die gleiche Verbindlichkeit, während bei den Banken und der Stadtſparkaſſe die Standesunterſchiede ſcharf beachtet werden. Die Stadtſparkaſſe Dommitzſch hat ſich als Zweiganſtalt der Kreisſpar- und Girokaſſe angeſchloſſen und, wie wir hören, ſchweben Verhandlungen auch mit anderen Kaſſen des Kreiſes in dieſem Sinne. Wir begrüßen dieſes Vorgehen aufs lebhafteſte, denn dem internationalen Bank- und Börſenkapitalismus wird dadurch manches Stück fruchtbarer Boden entriſſen. Und ſchließlich, als Sozialiſten gedacht, warum ſollen denn die Banküberſchüſſe immer in die unergründlichen Taſchen der Bankaktionäre fließen? Der Kreis kann ſie beſſer gebrauchen zum Wohl der Allgemeinheit. Wenn die Stadtſparkaſſe auch noch dieſen Weg gehen wollte, könnten auch dort die Verhältniſſe anſtatt rückwärts vorwärts gehen. Hier ſitzen aber die beiden Aktionäre der Privatbanken, Struck und Stoll, im Kuratorium, womit man den Bock zum Gärtner machte. Auch dürfte die ſtark überalterte Leitung dem Schritthalten der Kaſſe mit den Zeitverhältniſſen hinderlich ſein.

Torgau. Wieder etwas Neues iſt Torgowy widerfahren. 70 wehrhafte teutſche Damen haben nach einen Verein gegründet, unterſtützt vom „Stahlhelm“ und „Wehrwolf“. So ſchreibt wenigſtens der olle ehrliche Fricke in ſeinem Arizonakicker. Wir glauben, daß der Luiſenklub mehr zur Feſſelung der Mitglieder der letztgenannten Vereine dienen ſoll. Der Stahlhelm-Prozeß bewies ſo recht, daß Landrat Zander trotz degenſcharfer Worte als Vaterlandskitt nicht mehr in Frage kommt. Wer einmal nachts Lokale beſucht, wird merken, daß auch Totenkopffahnen die Jugend vor dem Alkohol nicht retten können. Uebrigens hat ſich ja da ſchon wieder eine für Torgau noch neue Firma aufgetan: der „Jungdeutſche Orden“. Alſo alles zieht nicht, darum: „Teutſche Frauen an die Front“. Gegen den äußeren Feind haben ſich Eure Männer gedrückt, nun ſorgt wenigſtens dafür, daß Eure Jungens im Kampfe gegen den inneren Feind nicht verſagen. Der ſchlimmſte Feind iſt der Alkohol; vielleicht iſt das ein Fingerzeig. Der Gründungsſtimmel auf der rechten Seite muß ein Anſporn ſein für unſere Freie Turnerſchaft. Hermann Kummer, Otto Franke, ran an den Feind! Die meiſten Jungens und Mädels dort drüben gehören Euch!

Torgau. Chriſten oder Juden? Stirbt doch da einem kleinen Geſchäftsmann ſeine Mutter, die er als braver Sohn aufs höchſte verehrte. So ſchmal ſeine Einkünfte auch ſind, auch im Tode will er ihr noch etwas Liebes tun. Er läßt ihr Grab mit einem Gedenkſtein ſchmücken, der ihm 18 Goldmark koſtet. Wenn er nun glaubte, ſeiner Sohnespflicht genügt zu haben, dann ſollte er eines anderen belehrt werden. Die Eigentümerin des Friedhofs, die evangeliſche Kirchengemeinde, brummte ihm einfach ſechs Goldmark Gebühren dafür auf, daß er das Andenken ſeiner Mutter auf dieſe Art und Weiſe ehrte. Geſchäft iſt Geſchäft.

Liebenwerda. Vorbereitungen für die Stadtverordnetenwahl. In der letzten Stadtverordnetenverſammlung wurde beſchloſſen, für die demnächſt ſtattfindenden Stadtverordnetenwahlen zwei Wahlbezirke zu bilden. Der Wahlbezirk 1 hat ſein Wahllokal im Stadtverordnetenſitzungsſaal, der Wahlbezirk 2 im „Geſellſchaftshaus“. Die Beiſitzer, deren Stellvertreter, der Wahlausſchuß uſw. wurden aus dem Magiſtrat, dem Stadtverordnetenkollegium und der Bürgerſchaft gewählt. Als letzter Termin zur Einreichung von Wahlvorſchlägen wurde der 22. April beſtimmt.

Trebitz (Elbe). Ein ſchöner Erfolg. Die am Sonnabend hier ſtattgefundene von der VSPD. einberufene öffentliche Volksverſammlung, in der Genoſſe Kneipp aus Halle über „Die allgemeine politiſche Lage, die Reichstags- und Gemeindewahlen“ ſprach, brachte einen ſchönen Erfolg. Ungefähr 140 Frauen und Männer folgten mit größter Aufmerkſamkeit dem eingehenden Referat des Redners. In der Diskuſſion wurde nach der Haltung der Sozialdemokratie in der Kriegsſchuldfrage gefragt; ferner forderte ein Kommuniſt, der im allgemeinen ziemlich ſachlich ſich verhielt, den Entſcheidungskampf. Im Schlußwort brachte der Referent klar und ſcharf die Haltung der VSPD. zu allen dieſen Fragen nochmals zum Ausdruck und wies mit Nachdruck auf die heute ſo notwendige Unterſtützung der ſozialiſtiſchen Preſſe und Partei hin. Vorläufig vier neue Parteimitglieder und 17 Zeitungsbeſtellungen waren das Reſultat dieſer Verſammlung. Weitere Erfolge werden bei der wieder einſetzenden energiſchen Arbeit der hieſigen Genoſſen nicht ausbleiben.

Nudersdorf. Wiederaufleben. Nach langer Pauſe fand hier wieder einmal eine öffentliche von der VSPD. einberufene Verſammlung ſtatt. Unter allgemeiner Aufmerkſamkeit der gut beſuchten Verſammlung ſprach der Genoſſe Kneipp (Halle) über die allgemeine politiſche Lage und die Haltung der VSPD. Da eine Diskuſſion nicht ſtattfand, wurden nach Schluß der Verſammlung noch die örtlichen Ereigniſſe beſprochen. Die erſchienenen früheren Genoſſen wollen nun wieder energiſch an die Arbeit gehen, ſo daß auch hier die VSPD. demnächſt wieder aufleben wird.

Weißenfels. Aus der Angeſtelltenbewegung. In der letzten Mitgliederverſammlung des Zentralverbandes der Angeſtellten wurde nach einem Vortrag des Geſchäftsführers des Konſumvereins, Genoſſen Wiegleb, als Delegierter für den Gautag in Blankenburg der Vorſitzende, Lagerhalter Guſtav Keidel, gewählt. Als Kandidat für den Verbandstag 1924 wurde Koll. Keidel aufgeſtellt. Es ſoll ein Antrag an den Verbandstag eingereicht werden, daß der Verbandsbeirat in Zukunft auf den Gautagen gewählt werden ſoll. Weiter berichtete der Vorſitzende von einer Konferenz ſämtlicher freigewerkſchaftlicher Vorſtände, wo über den Bau eines gewerkſchaftlich-genoſſenſchaftlichen Heims beraten wurde. Die Verſammlung ſtimmte der Beteiligung an dieſem Projekt zu.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 17. März 1924.

Unterbezirkskonferenz der USPD. in Mansfeld.

Sonntag, den 6. April 1924, vormittags 10 Uhr, findet im „Volkshaus“ zu Eisleben eine

Unterbezirkskonferenz

ſtatt. Als vorläufige Tagesordnung iſt feſtgeſetzt:

1. **Die Gemeindewahlen und unſere künftige Arbeit in den Gemeindeparlamenten.** Referent: Gen. W. Chriſtang
2. **Organiſatoriſches zur Gemeinde- und Reichstagswah**
   Referent: Genoſſe Karl Jänicke.
3. Verſchiedenes.

Auf jedes angefangene Fünfzig der Mitglieder entfällt ein ſtimmberechtigter Delegierter. Alle Genoſſen, die als Bürgermeiſter, Stadträte, Gemeindevorſteher, Amtsvorſteher, Stadtverordnete, Gemeindevertreter uſw. tätig ſind, ſind verpflichtet, an der Konferenz teilzunehmen.

Am Sonnabend, dem 5. April 1924, nachmittags 5 Uhr, findet im „Volkshaus“ eine

Frauenkonferenz

ſtatt. Rednerin iſt die Genoſſin Röpert (Halle). Für die Teilnehmer an der Frauenkonferenz wird für Uebernachtungsmöglichkeit geſorgt, ſo daß dieſe auch an der Unterbezirkskonferenz teilnehmen können.

Wir bitten die Ortsvereine, ſofort Delegierte zu wählen. Mandate für die ſtimmberechtigten Delegierten werden von uns den Ortsvereinen zugeſtellt.

Der Unterbezirksvorſtand. J. A.: Bruno Böttge.

* **Die Agitationskommiſſion der „Mansfelder Volkszeitung“** trifft ſich Mittwoch abend im Bureau in der Grabenſtraße. Keiner fehle!

* **Törichter Klatſch.** Die ſtädtiſche Nachrichtenſtelle erſucht uns um Aufnahme folgender Mitteilung: Es ſind Gerüchte in der Stadt in Umlauf gebracht worden, wonach der Oberbürgermeiſter Clauß in einer Verſammlung am vergangenen Sonntag tätlich angegriffen ſei. Da dieſe Gerüchte in keiner Weiſe den Tatſachen entſprechen und hinreichender Grund zu der Annahme beſteht, daß ſie von einzelnen Perſonen ausgeſtreut ſind, um durch Verbreitung unwahrer Tatſachen die Perſon des Oberbürgermeiſters verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, iſt bereits Strafantrag gemäß § 186 des Strafgeſetzbuches gegen einen Urheber geſtellt worden.

Wetter-Vorausſage.

Dienstag: Abwechſelnd heiter und wolkig, meiſt trocken, Nachtfroſt, Tag ziemlich mild.

Mittwoch: Meiſt heiter, trocken, Nachtfroſt, Tag mild.

Verantwortlich für Politik, Wirtſchaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Gewerkſchaftliches, Lokales und Provinz: Gottl. Kaſparek; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; ſämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt“ G. m. b. H. Druck: Hallesche Genoſſenſchaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

5623
Wir bieten gegen
Teilzahlung
(ohne Preisaufschlag) die **billigste Qualitäts-Schreibmaschine** in solidester Ausführung mit leichtem Gang und wunderbarer Schrift.
Industrie-Kontor Erhard Faller, Halle (S.)
Magdeburger Straße 42 II. Fernruf 4875.
Ferner: Ausstellung und Verkauf bei J. Zoebisch, Gr. Steinstraße 82, Fernruf 6346